



Kreislaufwirtschaft total

Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz e.V.

Mai 2015 · Preis: 2,- €

www.total-recycling.org



Unsere Anstrengungen verstärken
**Die Erde vor dem
Kollaps retten**



Inhalt

Kontaktdaten 2
 Editorial..... 3
 Bundesregierung plant Ausbau der Klärschlammverbrennung..... 4
 Von der Natur lernen, bedeutet in Kreisläufen zu denken..... 6
 Klägliches Ende von Desertec..... 8
 Prof. Kazuhiko Kobayashi aus Tokyo in Horster Mitte 9
 Renaissance der Atomenergie, so hätten es die Energiekonzerne gern 10
 Stoppt Hinkley Point 11
 Dein digitaler Zwilling – die alltägliche Überwachung im Netz 12
 Wie in der Sowjetunion die Dürre bekämpft wurde 15
 Wider die mutwillige Zerstörung der Elbe 17
 Fracking durch die Hintertür... 18
 Die ökonomischen Hintergründe des Fracking 19
 Im Gazastreifen droht eine humanitäre und ökologische Katastrophe..... 20
 Giftmüll-„Verklappung“ im Ruhrgebiet:
 Landesregierung und RAG spielen auf Zeit..... 22
 Westantarktis überschreitet den Kippunkt 23
 Reise ins Land der Inkas zu den Protesten
 gegen den 20. UN-Klimagipfel in Lima/Peru 25
 Jetzt in der Umweltgewerkschaft organisieren! 26
 Der neue Vorstand stellt sich vor 26
 Wir werden die Stromtrasse nie akzeptieren..... 27
 Publikationen der Bürgerbewegung 28

Selbstverständnis

Unser Verein setzt sich für das Ziel einer totalen Kreislaufwirtschaft ein.

Wie in der Natur, die keinen Müll kennt, müssen auch in der menschlichen Produktion und Konsumtion die stofflichen Kreisläufe geschlossen werden. Durch eine umfassende Kreislaufwirtschaft können der Raubbau an der Natur, die Umwelt- und Klimakrise überwunden werden. In der vorwiegend auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktion dagegen werden bewusst Verschwendung und Verschleiß gefördert, zehntausende künstliche und giftige Stoffe hergestellt und riesige Müllberge geschaffen. Statt Stoffe zu recyceln, werden große Mengen verbrannt. Kreislaufwirtschaft bedeutet auch zerstörerische Entwicklungen wie Massentierhaltung, Fracking, Geoengineering oder CO₂-Speicherung entschieden zu bekämpfen. Um Rohstoffe zu erhalten, ist heute die Entwicklung und Förderung einer Vielzahl von Recycling-Verfahren notwendig. Unser Verein setzt sich besonders ein für das

Kryo-Recycling von Kunststoffe und Elektronik und ein mehrstufiges Methanisierungsverfahren für Bioabfälle zur Gewinnung von Energie und hochwertigem Kompost.

Die Natur selbst gibt die Anleitung für die Entwicklung von Stoffen, die zu 100% recycelt werden können. Kreislaufwirtschaft total bedeutet auch, die Energiegewinnung vollständig auf der Basis regenerativer Energien zu organisieren.

Die Erfahrungen der Umweltbewegung zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutz gegen den Widerstand der vorherrschenden politischen und ökonomischen Interessen durchgesetzt werden müssen. Wir unterstützen deshalb Initiativen und Bewegungen, die gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen aktiv sind. Wir fördern und unterstützen den Gedanken ihrer weltweiten Vernetzung. Wir sind für den Aufbau und die Stärkung der Umweltgewerkschaft.

V.i.S.d.P.:
 Jochen Schaaf, Stuttgart
 Gedruckt auf recyceltem Papier.

Bildnachweis
 Titelseite: Hurricane Katrina in New Orleans, commons.trincoll.edu; S. 2: Design: Uli Stübler; S. 6: c2c; S. 8: TREC (TROO); S. 9 und 10: Kobayashi; S. 20: Brennendes Kraftwerk von Gaza, dpa;



Liebe Leserinnen und Leser,

Die Regierung Merkel/Gabriel hat die Energiewende abgewürgt. Fracking soll in Deutschland jetzt die Hintertür geöffnet werden. Dem Versuch der Energiekonzerne, die Kosten und Verantwortung für die Beseitigung ihres Atommülls auf die Gesellschaft abzuladen, wird von dieser Regierung kein Widerstand entgegen gesetzt. In Deutschland, dem größten CO₂-Emittenten in Europa, steigt der CO₂- Ausstoß weiter. In Europa findet eine Art Renaissance der Atomenergie statt. Alle Faktoren, die den Planeten Erde weiter zerstören und das Klima aufheizen, können sich ungebremst entfalten. Auch in der bundesdeutschen Politik steht der Schutz der Profitmacherei an erster Stelle. Es ist offensichtlich egal, wenn dabei unsere Erde als Lebensraum zerstört wird. Keine Argumente, keine wissenschaftlichen Nachweise oder die schon sichtbaren Naturkatastrophen halten die internationalen Konzerne von ihrem zerstörerischen Tun ab. Marx hat richtig beschrieben, dass das Kapital bei entsprechenden Gewinnerwartungen vor keinem „Verbrechen“ halt macht. Die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ge-

hört wie die rücksichtslose Ausbeutung der Menschen untrennbar zum Wesen des Kapitalismus. Dringender denn je sind wir, ist die Menschheit aufgerufen, diesem Treiben ein Ende zu bereiten, Widerstand zu leisten und diesen Planeten den Brandstiftern aus der Hand zu nehmen.

Diese Aufgabe ist gewaltig. Bedeutet sie doch Millionen Menschen aufzurütteln, den Widerstand den es ja gibt, zusammen zu schließen und die Kämpfe, die überall auf der Welt stattfinden zu unterstützen. Die Konzerne sind weltweit zerstörerisch aktiv. Also müssen auch wir global denken und handeln. Unser Verein begrüßt deshalb die Gründung der Umweltgewerkschaft. Wir werden als Fachgruppe in der Umweltgewerkschaft die Kreislaufwirtschaft als Alternative zur chaotischen und zerstörerischen Produktionsweise des Kapitalismus bekannt machen und wissenschaftlich erläutern. Dazu gehört auch eine Pilotanlage für das „Kryo-Recycling“. Eine Kreislaufwirtschaft bedeutet Produktion im Einklang mit der Natur und nicht auf deren Kosten. Das ist im Kapitalismus nicht verwirklichtbar.



Wer noch Hoffnung hat, der Kapitalismus werde vielleicht „vernünftig“ bevor es zu spät ist, macht sich etwas vor. Seit dem Kyoto-Gipfel 1997 war genügend Zeit Vernunft anzunehmen.

Ihr Jochen Schaaf
 Vereinsvorsitzender

Vorstand und Sitz des Vereins
Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz e.V.
 Schmalhorststr. 1c
 45899 Gelsenkirchen

email: info@total-recycling.org
 Internet: www.total-recycling.org
 Telefon: 0209 – 88 33 63 30
 Fax: 0209 – 88 33 63 39

Geschäftsführender Vorstand:
 Jochen Schaaf (1. Vorsitzender),
 Richard Bauer (2. Vorsitzender),
 Dieter Grünwald (Schatzmeister)

Geschäftskonto des Vereins:
 Sparkasse Gelsenkirchen, (BLZ 42050001),
 Konto-Nr. 130058009.
 IBAN: DE29420500010130058009
 BIC: WELADED1GEK

S. 21: Ruinen in Gaza © Ashraf Amra/APA/Landov/dpa;
 von Mitgliedern der Bürgerbewegung;
 Titelseite unten, S. 3, S. 11, S. 17, S. 18,
 S. 25-27



Bundesregierung plant Ausbau der Klärschlammverbrennung.

Im Sommer 2014 konnte durch den gemeinsamen Widerstand der Bürgerinitiative mit Unterstützung der Umweltgewerkschaft eine geplante Klärschlammverbrennungsanlage in Osterode verhindert werden. Die Firma Umweltschutz Mitte, eine Tochter von Keckenburg, plante in dieser Anlage 60.000 Tonnen Klärschlamm aus industriellen und kommunalen Abwässern zu verbrennen. In der gemeinsamen Presseerklärung von BI und Umweltgewerkschaft vom 13. September 2014 heißt es dazu: „Statt einer Degeneration von Rohstoffen durch Verbrennung muss die Nutzung und Wiederverwertung im Sinne einer umfassenden Kreislaufwirtschaft im Mittelpunkt stehen.“

Die Notwendigkeit von Stoffkreisläufen in der Landwirtschaft

Klärschlamm aus kommunalen Abwässern enthält wertvolle Nährstoffe für die Landwirtschaft, wie Phosphat, Stickstoff, Kalzium und Magnesium. Darüber hinaus enthält Klärschlamm wertvolle organische Stoffe, die zum Aufbau der Humusschicht von landwirtschaftlichen Böden enorm wichtig sind. Durch den jahrzehntelangen Kunstdüngereinsatz nimmt der Humusgehalt im Boden tendenziell ab und der Boden wird dadurch degradiert. Derzeit gelangen durch Überdüngung, aber auch durch mangelnde Rückgewinnung in den Kläranlagen große Mengen an Phosphat und Stickstoffverbindungen in die Abwässer. Sie sind eine Hauptursache für das Umkippen von Gewässern bis zur Entstehung von Todeszonen an den Flussmündungen großer Flussläufe (Minikreise im Bild). In diesen Todeszonen entsteht durch Überdüngung Sauerstoffarmut, was zu einem Massensterben von Algen und Tieren führt.



Die Rückführung von Klärschlämmen sowie Düngestoffen in die Landwirtschaft ist enorm wichtig für eine Kreislaufwirtschaft. Tatsächlich sind heute Klärschlämme aus kommunalen Abwässern hoch mit Schadstoffen belastet: Zu den schon seit Jahrzehnten bekannten, jedoch abnehmenden Schwermetallbelastungen (Cadmium, Quecksilber, Blei, Chrom) kommen in den letzten Jahren immer größere Mengen an neuen Giften: Dazu gehören Plastikfasern, die durch Abrieb beim Waschen von Textilien entstehen, Mikro- und Nanoplastik aus Kosmetika und Zahnpasta¹, hormonartige Schadstoffe aus Medikamenten und Kosmetika, sowie Weichmacher aus Kunststoffen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Es gehören auch chlororganische Ultragifte wie PCB, Furane und

Dioxine dazu. All diese Stoffe lassen sich in Kläranlagen nicht abbauen und belasten Gewässer und Böden.

Klärschlammverbrennung soll ausgebaut werden

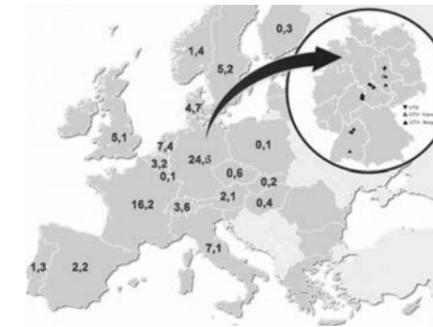
Heute werden ca. 45% der Klärschlämme auf landwirtschaftliche Böden gebracht, 55% werden verbrannt. Anstatt die Ursachen der Vergiftung zu beseitigen, plant die Bundesregierung die Verbrennung weiter auszubauen. Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition vom 17. Dezember 2013 heißt es im Abschnitt „Gewässer und Meeresschutz“: „Wir werden die Klärschlammausbringung zu Düngierzwecken beenden und Phosphor und andere Nährstoffe zurückgewinnen.“ Dazu sollen neue Mono-Klärschlammverbrennungsanlagen entstehen, Anlagen ähnlich wie Müllverbrennungsanlagen, in denen jedoch ausschließlich Klärschlamm verbrannt wird. Im Jahr 2011 wurde von insgesamt anfallenden ca. 2 Millionen Tonnen Klärschlamm trockenmasse in Deutschland 500.000 Tonnen in 20 Mono-Klärschlammverbrennungsanlagen und 600.000 Tonnen in Kohlekraftwerken, Zementwerken und Müllverbrennungsanlagen mitverbrannt. Der geplante Ausbau der Klärschlammverbrennung wird durch irreführende Propaganda begleitet: Versprochen wird eine verbesserte Wiedergewinnung von Phosphorverbindungen² für die Landwirtschaft aus Verbrennungasche. Auch bei Klär-

schlammverbrennung handelt es sich wie bei der Müllverbrennung um einen Prozess, bei dem in großen Mengen hochgiftige Kohlenwasserstoffe bis hin zu den Ultragiften Dioxin entstehen. Zudem entstehen in großen Mengen Feinstäube. Die Zweckpropaganda, Phosphatdünger aus hochgiftiger Klärschlamm-Asche gewinnen zu wollen, ist absurd: Er müsste mit aufwändigen chemischen Verfahren aus einer hochgiftigen Feststoffmischung, der Sondermüll ist, extrahiert werden. Das ist nicht möglich und würde die chronische Vergiftung der Böden weiter vorantreiben.

Was sind die Alternativen?

Die Lösung des Problems der belasteten Klärschlämme muss bei den Ursachen ansetzen: Heute wird in dem System der kapitalistischen Wegwerfproduktion eine riesige Vielzahl an Giftstoffen in Konsumprodukten verarbeitet, die über verschiedene Wege (beim Abwasser des Verbrauchers, Industrieabwässer, Schadstoffeintrag über die Luft) schließlich im Abwasser landen und die Nutzung von Klärschläm-

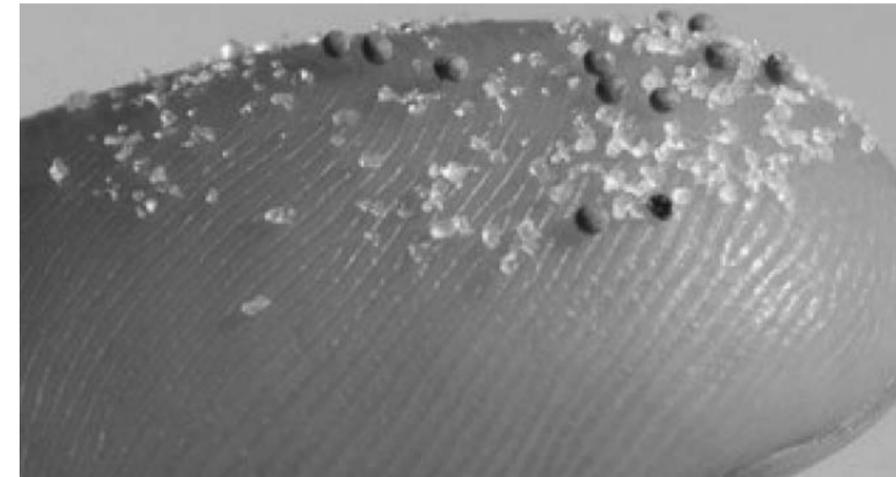
Untertage-Giftmülllagerung in Salz- und Kohlebergwerken in Deutschland



Hochgiftige Asche aus Müll- und Klärschlammverbrennung gelangt aus ganz Europa in Untertagedeponien

Bildquelle: Verband der Kali- und Salzindustrie e. V. 2012, ergänzt durch Kohlebergwerke NRW

- Herfa-Neurode (Hessen) mit der UTD Herfa-Neurode (ca. 2,7 Mill. t Giftmüll)
- Heilbronn (Baden-Württemberg) (ca. 1,3 Mill. t Giftmüll),
- Zielitz (Sachsen-Anhalt),
- Untertagedeponie Niederrhein in Borth, Nordrhein-Westfalen,
- Untertagedeponie Niedersachsen in Riedel,
- Untertagedeponie Sondershausen, Thüringen.
- Ruhrgebiet: Untertage Kohlebergwerke in Duisburg, Gelsenkirchen und Bergkamen. Mindestens 1,6 Millionen Tonnen Sondermüll, darunter mindestens 600.000 Tonnen hochgiftiger Filterstäube aus MVA.



Mikroplastik, wie es heute in Kosmetik, Zahnpasta und Textilien enthalten ist und ins Abwasser gerät. Bildquelle: BUND

men im Stoffkreislauf unmöglich machen. Folgende Maßnahmen müssten für eine zukünftige positive Nutzung von Klärschlamm als Teil einer Kreislaufwirtschaft durchgesetzt werden:

- Umfassendes Verbot von Giftstoffen. Ausschließliche Verwendung von Stoffen in der Produktion von Konsumprodukten, die im biologischen Stoffkreislauf der Natur keinen Schaden anrichten. Das bedeutet auch eine drastische Einschränkung

von künstlichen Polymerfasern in Textilien oder ausschließliche Verwendung von biologisch abbaubaren Fasern.

- Verhaltensänderung des Verbrauchers, so dass unzulässige Stoffe, wie Medikamente oder Kosmetika nicht über das Abwasser beispielsweise der Toilette entsorgt werden.
- Ausrüstung von Kläranlagen mit einer dritten bzw. sogar einer vierten Klär-

stufe. Die dritte Klärstufe beinhaltet die Rückgewinnung von Phosphat und Nitratsalzen mittels Fällung. Die vierte Klärstufe beinhaltet Aktivkohlefilter und kann damit auch Krankheitserreger und hormonartige organische Giftstoffe weiter abbauen.

- Einsatz von Vererdungstechniken, zur Umwandlung von Klärschlamm in wertvollen Humus.

Klärschlammverbrennung ist eine weitere Methode der chronischen Vergiftung von Mensch und Natur und muss wie auch die Müllverbrennung bekämpft werden. Die Alternativen, eine umfassende Kreislaufwirtschaft durchzusetzen erfordern jedoch einen Paradigmenwechsel in der gesamten Produktions- und Lebensweise und damit den Kampf um eine befreite Gesellschaft, in der die Einheit von Mensch und Natur Leitlinie der gesamten Produktions- und Lebensweise ist.

Prof. Dr. Christian Jooß, Universität Göttingen

Bei Mono-Klärschlammverbrennung entstehen pro Tonne „Trockensubstanz“

- Ca. 350 kg Asche / Schlacke
- 100-200 l verschmutztes Wasser
- 7000-8000m³ Abgase
- ca. 10-30 kg hochgiftige Rückstände aus Rauchgaswäsche
- Feinstäube die bei Größen < 1 mm nicht filterbar sind
- Ca. 10.000 verschiedene Radikale und Kohlenwasserstoffe, auch halogenierte KW.
- Ultragifte, wie Dioxine und Furane

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten des Wupperversands (<http://www.wupperversand.de>) für die Klärschlammverbrennungsanlage Buchenhofen, Zeitraum 01.01. – 31.12.2013



Müllverbrennungsanlage in Hamm/ Westfalen. Getrockneter Klärschlamm wird entweder in MVA's mitverbrannt oder in Mono-Klärschlammverbrennungsanlagen gesondert verbrannt.

¹ Stoppt Mikroplastik in Alltagsprodukten – umweltbewusst einkaufen! Nadja Ziebarth, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), 28.2.2014
² Eckpunktepapier des niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz vom 13.3.2014 zur zukünftigen Entsorgung von Klärschlämmen.

Von der Natur lernen, bedeutet in Kreisläufen zu denken.

Die Redaktion im Gespräch mit Philipp Hertling (24.02.2015), Gründer der Cradle to Cradle e.V. Regionalgruppe Tübingen.

Philipp, was genau heißt „Cradle to Cradle“ und worum geht es dabei?

Cradle to Cradle (C2C) ist Englisch und bedeutet „von der Wiege zur Wiege“. Es ersetzt das überholte Konzept einer linearen Materialwirtschaft „von der Wiege zur Bahre“, in dem jedes Produkt irgendwann zu Abfall wird. Ein Produkt, das Abfall wird, ist aus unserer Sicht einfach ein schlechtes Produkt. Es geht also um Qualität und um Kreislaufwirtschaft, um gute Produkte für Mensch und Natur.

Kern von C2C sind zwei Kreisläufe (Metabolismen): einerseits der biologische Kreislauf für Verbrauchsgüter, andererseits der technische Kreislauf für Gebrauchsgüter. Hinzu kommen drei Grundprinzipien: (1.) Abfall ist Nahrung, (2.) Nutzung erneuerbarer Energie und (3.) Unterstützung von Vielfalt.

Schön, aber warum soll Abfall Nahrung sein? Das klingt nicht gerade appetitlich, oder?

Nun ja, so ganz stimmt das eigentlich auch nicht, dass Abfall Nahrung sein soll. Wenn wir nämlich weiter an Abfall denken, werden wir das bestehende falsche System durch reduzieren, verzichten, vermeiden, minimieren und durch Effizienz nur ein bisschen weniger schlecht machen, eine Sackgasse sozusagen. Es geht aber eigentlich darum, gar nicht mehr an Abfall zu denken, sondern von vorne herein alles als biologischen oder technischen Nährstoff zu definieren. Für Fortgeschrittene heißt es daher auch „Nahrung ist Nahrung“. Und das ist letztlich, wenn Sie so wollen, radikaler als die Detox-Kampagne von Greenpeace. Es bedeutet nicht mehr „frei von ...“, sondern Transparenz. Appetitlich kann es erst werden, wenn ich weiß, was drin ist, im Essen, also geben Sie mir das Rezept!

Was meint in diesem Zusammenhang ein „positiver Fußabdruck“?

Traditionell bedeutet Umweltschutz, wenn ich weniger zerstöre, weniger verbrauche, weniger klimaschädliche Emissionen habe.

Damit ändere ich aber nicht das bestehende falsche lineare System. Der „positive Fußabdruck“ bedeutet in diesem Zusammenhang einen Paradigmenwechsel hin zu einer Kultur der Großzügigkeit. Es gibt einen Unterschied zwischen quantitativem Wachstum, das unmöglich dauerhaft sein kann, und qualitativem Wachstum – z.B. Wissen, soziale Beziehungen, Vielfalt – das sich vermehrt, je mehr man es teilt. Wenn wir also nützlich werden und von der Natur lernen wie wir unsere Stoffströme intelligent gestalten können, wäre auch genug für alle da.

Das klingt nach Utopie. Ist dieses Konzept realistisch?

Es gibt bereits T-Shirts, die speziell für Hautkontakt gemacht sind, kompostierbar und ohne giftige Chemie, ein Shampoo, das man theoretisch trinken könnte, weil alle Inhaltsstoffe unschädlich sind, Teppichboden, der die Raumluft reinigt und an den Hersteller zurückgegeben werden kann, kompostierbare Schuhe und einen Fernseher, der speziell für Innenräume gemacht ist, Druckpro-

dukte, bei denen Farben, Papier, Füllstoffe und Zusatzmittel so optimiert wurden, dass man die Asche nun bedenkenlos als Dünger in den Gemüsegarten streuen könnte, einen Bürostuhl, der sich innerhalb von einer Minute in all seine sortenreinen Einzelteile zerlegen lässt. Die Liste kann fortgeführt werden. Inzwischen wurden ganze Häuser wie Bäume gebaut, die Lebensraum spenden, das Stadtklima verbessern und die Luft und das Wasser reinigen. Wenn wir kooperieren, kommunizieren, Wissen und Fähigkeiten teilen, lassen sich für alle Bereiche Lösungen finden. Dafür gibt es den Verein.

Was möchtest Du unseren Lesern zum Abschluss noch mit auf den Weg geben?

Ein Zitat von Albert Einstein: „Die großen Probleme dieser Welt können nicht mit derselben Denkweise gelöst werden, mit welcher wir sie verursacht haben.“

Vielen Dank für das Gespräch



Abbildung cradle to cradle.

Plastiktüten verbieten

98,6 Milliarden Plastiktüten werden pro Jahr in Europa verwendet. In Deutschland gehen 17 Millionen Einweg-Plastiktüten täglich über die Ladentheken. Im Jahr sind das 6,1 Milliarden. Die meisten Plastiktüten werden aus Rohöl hergestellt. Eine Verschwendung an Ressourcen und Energie, denn jede Tüte wird im Schnitt nur 30 Minuten benutzt. Die meisten werden nach dem Einkauf sofort weggeschmissen und enden in der Müllverbrennung. Wegen der Langlebigkeit – Experten gehen von bis zu 450 Jahren aus – ist Plastik eine große Gefahr für die Umwelt. Riesige Mengen Plastikmüll gelangen Jahr für Jahr vom Land ins Meer. In den Müllteppichen sterben jährlich Hunderttausende Vögel und Meeressäuger. Sie verheddern sich oder fressen Plastik. Nach Angaben des UNO-Umweltprogramms treiben 13.000 Plastikpartikel auf jedem Quadratkilometer Meeresoberfläche. Durch Strömungen werden diese weltweit verteilt. Winzige Plastikteile gelangen über die Nahrungskette in den menschlichen Körper.

Unser Planet wird immer mehr vermüllt. Eine höchst gefährliche Entwicklung. Schätzungsweise bis zu 142 Mio. Tonnen Müll treiben auf hoher See. Man muss sich einfach nur mal die Frage stellen, wie der bereits jetzt vorhandene Müll wieder beseitigt werden soll. Oder ist das gar nicht vorgesehen? Es ist also nicht schwer zu begreifen, dass Sofortmaßnahmen und Verbote gegen eines der größten Übel notwendig sind.

Lobbyarbeit verhindert notwendige Maßnahmen

Im Frühjahr 2011 wurde der frühere EU-Umweltkommissar Potocnik gesetzgeberisch aktiv und sprach auch von einem europäischen Verbot von Kunststofftragetaschen. Das hätte sich auf die Firma Papier-Mettler in Morbach, Rheinland-Pfalz, ausgewirkt. Der europäische Marktführer für Serviceverpackungen aus Papier und Kunststoff brachte daraufhin die Lobbyagentur Alber & Geiger mit Sitz in Berlin und Brüssel an den Start. Am Ende des Beratungsprozesses war Papier-Mettler nicht mehr betroffen. Tüten mit einer Stärke von mehr als einem halben Millimeter, wie sie Papier-Mettler herstellt, sind ausgenommen. Begründet wird dies damit, dass dickere Tüten potenziell vom Verbraucher öfter verwendet und wiederverwertet werden können. Eine belastbare Statistik über Recyclingquoten gibt es allerdings nicht. Gegen ein Verbot von Plastiktüten machte sich 2013 auch der damalige Bundesumweltminister Altmaier (CDU) stark. Der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese, umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion sagte zum Gesetz: „Ein Verbot

von Plastiktüten ist nicht vorgesehen, das würde zu weit gehen.“²

Im Ergebnis schlug die Kommission dann 2014 vor, dass die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen ergreifen müssen, um den Plastikmüll zu reduzieren – ob nun über eine Verteuerung der Tüten oder ein Verbot bleibt ihnen überlassen. Betroffen sind vor allem dünne Tüten, die hauptsächlich in Asien produziert werden. Europaweit soll der Jahresverbrauch leichter Plastiktüten bis 2019 um mehr als die Hälfte zurückgehen, von derzeit 200 auf 90 Tüten pro Kopf. Im Jahr 2025 sollen es dann nur noch 40 Stück sein. Alternativ könnten die Länder Plastiktüten verpflichtend mit einem Preis belegen.

Im Ergebnis wird also, trotz gegenteiliger Beteuerungen der Politik, weiter die Umwelt weiter mit Plastiktüten vermüllt und zerstört. Übrigens stellen nach Angaben der EU 17.500 Menschen in 275 Betrieben Plastiktüten her.³

Einer vor kurzem durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov zufolge befürworten 45% der Befragten, dass für Plastiktüten bezahlt werden soll, 38% waren für ein komplettes Verbot. Bei entsprechender Information der Bevölkerung wäre sicher die überwiegende Mehrheit für ein Verbot.

Die Bürgerbewegung für Kreislaufwirtschaft total fordert:

- Europäische Vorgaben zu Design und Zusammensetzung von Kunststoffen und Verwertung von Kunststoffabfällen!
- Verpflichtung zu umfassendem Recycling – Sparsamer Umgang mit natürlichen Rohstoffen und radikaler Rückbau der Vermüllung! Verbot der Müllverbrennung!
- Für eine Pilotanlage für Kryo-Recycling!

¹ http://www.papier-mettler.com/ISITE_Retail-LEH_Ueber-uns.htm

² <http://www.peter-liese.de/component/content/article/17-deutsch/beitraege/umwelt-und-klimaschutz/2654-eu-bekaempft-verschwendung-von-plastiktueten>

³ <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/2.3017/plastiktueten-bedecken-das-meer-12244123.html>

Klätliches Ende von Desertec

Es ist eine faszinierende Idee: Ein im Verhältnis zur Fläche kleines Gebiet der Sahara würde ausreichen, um, mit solarthermischen Anlagen und einem Wirkungsgrad nach heutigem Stand der Technik, den Strombedarf von ganz Europa zu decken. Und die elektrische Energie kann auch mit der verfügbaren Technik der Hochspannungsgleichstromübertragung verlustarm (Verluste ca. 3% pro 1000 km) über weite Strecken übertragen werden.

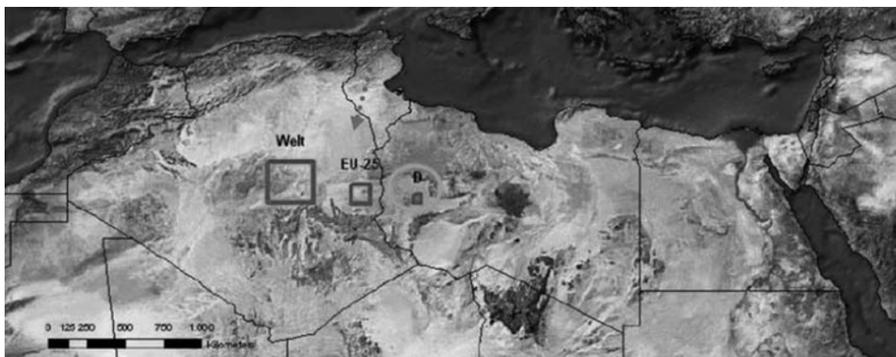
Scheinbar aufgegriffen wurde die Idee 2009. Die Desertec Foundation wurde gebildet, daraus wurde die Desertec Industrial Initiative (DII) gegründet unter Federführung von der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft (MunichRe), Siemens, ABB, Deutsche Bank, E.ON, RWE. Aus Spanien beteiligte sich der Konzern Abengoa. Ziel war, bis 2050 15 % des gesamten europäischen Strombedarfs aus der Wüste zu beziehen. Das Projekt wurde gestartet ohne Beteiligung der betroffenen Länder in Nordafrika.

Hermann Scheer, ein Pionier der Idee des Einsatzes der erneuerbaren Energien und Träger des Alternativen Nobelpreises, kritisierte Desertec als Alibi-Projekt, um in Wirklichkeit so gut wie nichts zu tun. Seine Einschätzung hat sich als richtig herausgestellt. Im Oktober 2014 wurde das Projekt fallen gelassen, im Dezember die Büros in München geschlossen.

Afrikanische und arabische Länder beklagten sich anfangs über die koloniale Attitüde der Nachbarn nördlich des Mittelmeers. Die Aktion 3. Welt Saar kritisierte, das Projekt sei von kolonialem Charakter. Das ist zutreffend. Konzerne vor allem in Deutschland planen was in Afrika geschehen soll.

Was kam heraus? Es wird auf ein Referenzprojekt in Marokko verwiesen, wo bis 2016 ein solarthermisches Kraftwerk gebaut werden soll. Mit 500 MW ist es von bescheidener Größe, sein Strom wird im Land selbst dringend gebraucht. „Der Berg kreiste und gear

Theoretischer Platzbedarf für Solarkollektoren, um in solarthermischen Kraftwerken den elektrischen Energiebedarf der Welt, Europas (EU-25) bzw. Deutschlands zu erzeugen.



eine Maus“ (Horaz, römischer Dichter 65 bis 8 v. Chr.)

Parallel entstand das Projekt TuNur, in dem Strom über eine Unterwasser HGÜ-Leitung durch das Mittelmeer nach Italien verkauft werden sollte. Es wurde vorangetrieben von der Entwicklungs-Firma „Nur Energy“ („Nur“ heißt auf Arabisch „Licht“. Sitz in Großbritannien) gemeinsam mit Top Oilfield Services (Tunesien) und anderen Investoren.

Spatenstich der ersten Bauphase sollte 2014 sein. Im Endausbau sollen 2 GW nach Italien übertragen werden. Die industrielle Infrastruktur für den Bau der Solarkraftwerke soll in Tunesien entstehen. Nach Auflösung von Desertec verwahrte sich TuNur gegen die Kritik: „TuNur ist ein seriöses Projekt“. Im Vergleich mit Desertec mag da was dran sein. Aber auch bei TuNur wurde noch nichts realisiert. Inzwischen wurde das Projekt überarbeitet und Antrag auf Förderung durch die britische Regierung gestellt. Der Strom soll nun von Italien nach Großbritannien über das vorhandene europäische Netz geleitet werden. Die britische Regierung fördert nur Projekte, bei denen der Strom im Land verbraucht wird. Technisch wäre das wohl möglich, denn derzeit ist Italien starker Stromimporteur aus Deutschland und Frankreich, und über die Leitungen würde dann weniger Strom nach Süden fließen. Doch es ist nicht wahrscheinlich, dass die britische Regierung, die auf den Neubau eines großen Atomkraftwerks (Hinkley Point C) setzt, so ein Projekt unterstützen wird, wenn es nicht nur auf dem Papier bleibt.

Als Grund für das Scheitern von Desertec werden oft politische Veränderungen und die Instabilität in Nordafrika angeführt. Doch

hätte man den Solarstrom auch im Süden Spaniens, Italiens und in Griechenland erzeugen können. Die Sonneneinstrahlung ist auch dort sehr hoch und der Ertrag beispielsweise der Photovoltaik doppelt so hoch wie in Deutschland. Die tatsächlichen Gründe sind andere. Die Erneuerbaren Energien – 2014 betrug in Anteil etwa 30% an der Stromproduktion in Deutschland – machen dem Atom- und Kohlestrom Konkurrenz. Die Energiekonzerne wollen sie deshalb klein halten. Desertec war von Anfang an ein Alibi-Projekt und kann nun unter der Kategorie „Greenwashing“ abgehakt werden.

Dabei ist die Idee eines internationalen Netzes zum gegenseitigen Nutzen der Länder nach wie vor faszinierend. Es könnte Schwankungen der Einspeisung von Sonne und Wind ausgleichen, die optimalen Standorte für erneuerbare Energien wählen, und ein Umstieg auf 100% regenerative Energie beim elektrischen Strom wäre in kurzer Zeit möglich. Doch solange die Verhältnisse so sind, dass wenige große Konzerne das Geschehen mit der Energie in den jeweiligen Ländern bestimmen, wird aus Profitgründen weiter der überwiegende Anteil des Stroms mit fossilen Energieträgern erzeugt. Ohne Rücksicht auf die Folgen für unser Klima.

Verwirklicht werden soll die von der Bundesregierung lange verzögerte HGÜ-Verbindung „NordLink“ zwischen Deutschland und Norwegen über ein Unterwasserkabel, nun von Flekkefjord in Norwegen zum Umspannwerk Wilster in Schleswig-Holstein. Das Projekt läuft unter Federführung des norwegischen Übertragungsnetzbetreibers Statnett. Strom soll ab 2018 fließen. Im Sinne des Ausgleichs z.B. bei Windflaute in Norddeutschland ist das durchaus sinnvoll. In Deutschland selbst sollen drei HGÜ-Verbindungen von Nord nach Süd entstehen. Sie sind ohne Einbindung in ein großräumiges Konzept und somit für die Umstellung auf Erneuerbare Energie von geringem Wert. Es sollen eher Megaprojekte der betreibenden Konzerne werden, und die Kosten werden auf die Stromrechnung der Bürger abgewälzt. Zu einer wirklichen Energiewende haben die „Großen“ keinen wesentlichen Beitrag geleistet, im Gegenteil. Die regenerativen Energien werden vorangetrieben durch Bürger, durch Investorengemeinschaften und durch einzelne Stadtwerke.

Prof. Josef Lutz, Chemnitz

Prof. Kazuhiko Kobayashi aus Tokyo in Horster Mitte in Gelsenkirchen-Horst am 2.11.14

Kazuhiko Kobayashi, 68, ist aktiv in der japanischen Anti-Atomkraft-Bewegung. Er hat Germanistik studiert und lebte 30 Jahre in Deutschland. Hier war er für japanische Firmen tätig. Heute lebt er in Tokio. Er hat 2011 ein Buch unter dem Titel: „Globalisierung und unser Leben – kritisch gesehen“ veröffentlicht. Seit mehreren Jahren macht er Vortragsreisen in Europa. Er will die Menschen über die wirklichen Zustände nach dem Super-Gau in Fukushima informieren und sammelt Spenden, mit denen er betroffenen Kindern aus der Präfektur Fukushima helfen will. Er ermöglicht ihnen, in Kur zu gehen, damit sie wieder einmal die Chance haben, in der Natur spielen können.

Zu Beginn berichtete Herr Kobayashi, dass er bei seiner Europavortragstour sehr viele nette Leute kennen gelernt hat. Das habe ihm selbst Mut gemacht, weiter gegen die Verbrechen der Atomindustrie zu kämpfen. In Polen hätten es die Aktivisten schwer. Ihrem Protest wird oft mit Polizeigewalt begegnet. In der Türkei konnte er keinen einzigen Vortrag halten. In Istanbul hatte die Uni-Verwaltung den geplanten Vortrag ohne Angabe von Gründen abgesagt. Hintergrund: Die japanische Regierung und der Mitsubishi-Konzern haben Verträge mit der türkischen Regierung Erdogan über den Bau eines AKWs in der Nähe von Mersin unterzeichnet. In einem Gebiet, das erdbebengefährdet ist.

Zur Lage in Japan

In Fukushima läuft seit März 2011 der größte jemals unternommene Versuch zur Auswirkung radioaktiver Strahlung auf Menschen. 1,6 Millionen Menschen, darunter 360.000 Kinder, leben in der Präfektur von Fukushima – häufig ahnungslos – in teilweise so stark kontaminierten Gebieten. Und all das

geschieht mit Wissen und Unterstützung der japanischen Regierung, der WHO und der IAEA. Die japanische Regierung und Tepco reden die Lage nach der Atomkatastrophe schön. Sie kaufen sich Ärzte, die die Strahlenbelastung für unbedeutend erklären. Man hat den international akzeptierten Grenzwert, dem ein Mensch ausgesetzt werden kann von einem Millisievert radioaktiver Strahlung jährlich, eigenmächtig auf zehn Millisievert hochgesetzt. Nachdem auch der Wert überschritten wurde, hat der Vizechef der medizinischen Fakultät von Fukushima erklärt, dass bis 100 Millisievert jährlich keine gesundheitliche Gefahr hervorrufen würden. Der Mann war kurz zuvor auf diesen Posten befördert worden. Es hat in Japan Tradition, dass Großkonzerne, Politiker und Staatsbeamte gemeinsame Sache machen, um ihre Interessen zu schützen. Dafür sind sie auch bereit, über Leichen zu gehen.

Bereits über 100 Kinder aus der Präfektur Fukushima sind an Schilddrüsenkrebs erkrankt. Normalerweise erkranken Kinder unter 10 Jahren nicht an Schilddrüsenkrebs. Die Wahrscheinlichkeit liegt bei einem Vorfall unter einer Million Kindern. Das wahre Ausmaß der Erkrankungen wird auch dadurch verschleiert, dass die Kinder außerhalb der Präfektur Fukushima nicht zu den Erkrankten hinzu gezählt werden. Man will die Zahl der an Schilddrüsenkrebs erkrankten Kinder klein halten. Wegen der hohen Strahlenwerte wurden der Schulsport und das Spielen im Freien für viele Kinder auf maximal 30 Minuten pro Tag eingeschränkt.

Eigentlich müsste die japanische Regierung weitere Untersuchungen und Forschungen anordnen, wenn sie die Folgen der Atomkatastrophe wirklich ernst nehmen würde. Jetzt nach dem Supergau in Fukushima ha-

ben einige Antiatomaktivisten begonnen, alle betroffenen Fischer und ihre Familien zu untersuchen und viele Daten wurden gesammelt. Die Zahl der Opfer ist viel höher als die japanische Regierung gesagt hatte. Das japanische Außenministerium hat dies nun bestätigt, es wurden aber keine genauen Informationen der Öffentlichkeit mitgeteilt.



Überall werden diese Plastiksäcke abgestellt. Sie enthalten kontaminiertes Erdreich. Die radioaktive Strahlung lässt sich natürlich nicht vom Plastik aufhalten. Wie lange der strahlende Müll so stehen wird, darauf hat die Regierung bisher keine Antwort gegeben.

Der Hersteller dieser Tanks, die radioaktives Wasser enthalten, gibt nur sechs Jahre Garantie. 3 ½ Jahre nach der Katastrophe, sind viele bereits undicht. Obdachlose erhielten den Auftrag, die Tanks zu reparieren. Dafür erhält TEPCO Geld von der Regierung. TEPCO gibt die Aufträge an Subunternehmer. So bereichert sich TEPCO an der Katastrophe. Ein Subunternehmen beauftragt ein nächstes und so weiter. Das letzte Subunternehmen lässt dann die Obdachlosen arbeiten, die von der Yakuza, der japanischen Mafia, angeheuert werden. So verdienen mehrere Firmen an den Dekontaminierungsarbeiten. Die Obdachlosen dürfen nur 2 bis 3 Wochen arbeiten, dann werden sie wieder entlassen. Mit den gesundheitlichen Folgen der Verstrahlung, die sie bei den Arbeiten erleiden, lässt man die Betroffenen allein.





In solchen Behelfsbehausungen leben Menschen seit 4 Jahren. Es gibt nicht einmal eine eigene Toilette und eine eigene Dusche, beides muss gemeinschaftlich geteilt werden.

Die Lebensmittelhändler aus SüdJapan kaufen bewusst Lebensmittel aus Fukushima. Sie packen sie dann um, etikettieren sie neu und verkaufen sie dann wieder. Deshalb kann man den Aufklebern auf den Lebensmitteln nicht trauen!

Das Märchen von der sicheren und billigen Atomenergie

Wissenschaftler wissen, dass Atomenergie damals und heute nicht sicher ist. Jeden Tag gibt es in Frankreich bei Atomkraftwerken Pannen, sie werden vertuscht. Wer dagegen protestiert, muss mit der Gewalt der Polizei rechnen. Frankreich verfügt über die größte Urananreicherungsanlage. Eine Atomkatastrophe dort würde bedeuten, dass Europa

unbewohnbar wäre. Zu den Gefahren gehört auch, dass bisher keine Sicherheitsmaßnahmen bekannt sind, die eine ablaufende Atomkatastrophe noch aufhalten könnten.

Billig ist die Atomenergie ebenfalls nicht. Es gibt keine einzige Versicherungsfirma, die Atomkraftwerke versichern würde. Der Staat bezahlt die Kosten, denn Atomkraft braucht angeblich keine Versicherung. Der Atom Müll bleibt fast ewig schädlich strahlend. Es gibt keine Technik zur vollständigen Dekontamination.

Es ist eine regelrechte Gehirnwäsche, die von der Atommafia mit ihrer Propaganda betrieben wird, Atomkraft sei sauber und billig. Umso wichtiger ist es, dass die Menschen kritisch bleiben!

Frage: Japan hat seit 3 1/2 Jahren kein einziges seiner ca. 50 AKWs am Netz. Wie konnte die Stromversorgung dennoch funktionie-

ren? Es sind ja keine Lichter ausgegangen. Antwort: Japan hatte vorher einen Energieüberschuss und es war nur ein Teil der konventionellen Energieerzeugung im Betrieb. Es war einfach gelogen, dass ohne die AKWs die Stromversorgung nicht möglich sei. Es geht doch, wie man gesehen hat.

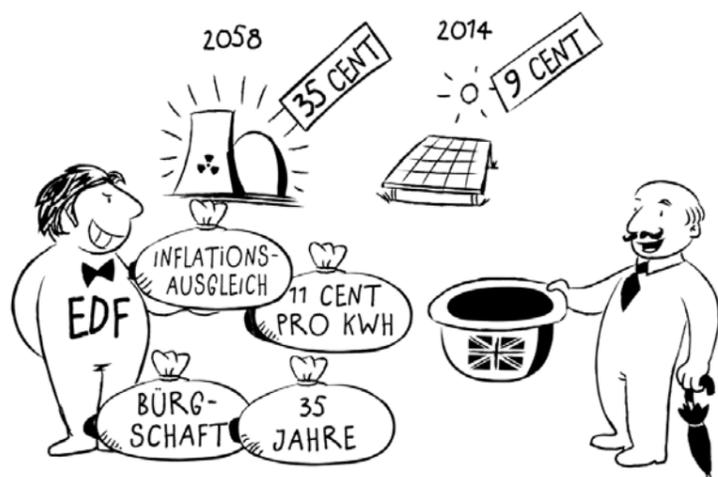
Ein beeindruckender Vortrag. Es gab stehenden Beifall von den Zuhörern.

Herr Kobayashi führte eine Spendensammlung für die betroffenen Kinder durch und teilte zwei E-Mail-Adressen mit: kleinerhain@gmail.com und Soundio-2@7.dion.ne.jp Dort kann man die eigene E-Mail-Adresse hinterlegen, um dann Infopost zu erhalten. Herr Kobayashi zeigt ein großes Interesse, die internationale Vernetzung von aktiven Menschen herzustellen. Er will die Zusammenarbeit fördern.

Renaissance der Atomenergie, so hätten es die Energiekonzerne gern

Japans Ministerpräsident Abe macht sich vier Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima wieder stark für die Atomenergie im Land. Obwohl der havarierte Reaktor nach wie vor eine gewaltige Bedrohung darstellt. Abe ist für Japans Konzerne sogar auf Verkaufstour. Er hat einen Vertrag mit der Regierung Erdogan über den Bau eines AKWs in der Türkei abgeschlossen. Erdogan sagte auf Nachfrage, dass man die Produktion von Gas auch nicht einstellen würde, wenn eine Gasflasche in die Luft fliegt.

Auch in der EU ist Atomenergie wieder hof-fähig. Die Regierung Cameron will in Hinkley Point zwei Druckwasserreaktoren mit einer gemeinsamen Bruttoleistung von 3260 MW (Nettoleistung 3200 MW) errichten zu lassen. Baukosten ca. 19 Mrd. €. Die britische Regierung garantiert der EDF einen festen Abnahmepreis von 35 Cent pro kwh über 35 Jahre. Das Konsortium zu dem neben EDF, Areva und chinesische Unternehmen gehören, erhöht zudem eine Bürgschaft in Milliardenhöhe. Die Erfahrungen zeigen, dass die Baukosten von AKWs nur schwer kalkulierbar sind. Ein aktuelles Beispiel liefert das seit 2005



im Bau befindliche finnische AKW Olkiluoto. Das Areva/Siemens-Konsortium hatte den Bau zum Festpreis 3 Mrd. angeboten. Inzwischen sind die Baukosten auf 9 Mrd. € gestiegen. Ende offen. Die Atomenergie verschlingt also weiter riesige Summen, die dringend in die Entwicklung Erneuerbarer Energien fließen müssten. Die Erneuerbaren Energien schützen Umwelt und Klima. Von ihnen geht keine

Gefahr atomarer Verseuchung aus. Nicht zuletzt werden keine Abfälle produziert, die 100 000de Jahre das Leben auf unserem Planeten bedrohen. Der Einfluss der Atomlobby auf politische Entscheidungsgremien ist aber so groß, dass es ihr gelingt trotzdem Milliarden für diese zerstörerische Technik locker zu machen.

Stoppt Hinkley Point

Die EU-Kommission und die Briten liefern den Beweis, dass Atomenergie die teuerste Stromerzeugungstechnologie ist und im freien Wettbewerb keine Chance mehr hat. Die britische Regierung will im Südwesten Englands ein neues Atomkraftwerk, Hinkley C, bauen. Die französische Electricité de France (EdF), die mit einer Beteiligung von Chinesen und Saudis das Projekt umsetzen will, ist allerdings nur unter großen Auflagen dazu bereit: einer garantierten Vergütung von rund 11 Cent/kWh über 35 Jahre und einem jährlichen Inflationsausgleich, so dass der Preis am Ende der 35 Jahre rund 35 Cent je Kilowattstunde reine Stromerzeugungskosten beträgt!! (Zum Vergleich: Solarenergie in Deutschland erhält 2015 ohne Inflationsausgleich für 20 Jahre lang unter 9 Cent

pro Kilowattstunde.) Doch nicht genug: Dazu kommt eine öffentliche Bürgschaft von über 21 Mrd. Euro von der britischen Regierung. All dies hat die EU-Kommission im Oktober 2014 genehmigt, obwohl es sich nach Meinung der Elektrizitätswerke Schönau und vieler anderer um eine unerlaubte Beihilfe handelt. Die Elektrizitätswerke Schönau haben bereits im Dezember Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt und bereits über 56.000 Unterstützer gewinnen können, darunter viele Organisationen und Initiativen als Kampagnenpartner. Die Österreichische Regierung hat angekündigt, gegen die EU-Entscheidung Klage zu erheben. Aus einem „Geheimpapier“, das an die Öffentlichkeit gelangte, geht hervor, dass die Briten massiven Druck ausüben und unverhohlen drohen,

dass sie Österreich – sollten sie diese die Klage wahr machen – „schaden werden wo immer sie können“. Und aus einem zweiten Papier wird deutlich, dass Hinkley Point nur ein Baustein der umfangreichen europäischen Atompläne ist. In ihrem neuen Energiekonzept lobt die EU-Kommission die Atomenergie als klimafreundliche Technologie und stellt ein weiteres millionenschweres Atom-Förderprogramm in Aussicht. Weitere Informationen zu diesem brisanten Thema und eine Unterstützungsmöglichkeit finden Sie unter www.ews-schoenau.de/kampagne.

23.02.2015 / Ursula Sladek / Elektrizitätswerke Schönau



Dein digitaler Zwilling – die alltägliche Überwachung im Netz



Die erste Phase der Internetrevolution und der mobilen Kommunikation über Handys in den 90er Jahren erschien wie eine Revolution der Kommunikation, der totalen Transparenz und Vernetzung. Träume von Liquid Democracy entstanden. Die Verwandlung dieser Transparenz, und damit auch der Kommunikation, in ihr Gegenteil, hin zu wachsender Kontrolle der Kommunikation, in dieser Phase sind wir heute. Die Kommunikation ist eine Art Rohstoff geworden. Unsere Daten werden gesammelt, ausgewertet und gehandelt. Plattformen wie Facebook, WhatsApp & Google sind die Marktplätze des Rohstoffes „Daten“. Freiwillig und gedankenlos geben viele ihre Privatsphäre preis und hinterlassen wichtige Informationen Geschäftemachern, Polizei oder Geheimdiensten.

So findet die Überwachung statt

Das Smartphone, verbunden über „freies“ WLAN, ist das ideale Datensammel-, Überwachungs- und Manipulationstool, es ist eine Superwanze. Auf der Homepage der Software MSpy wird das Spionieren für jedermann angeboten: „mSpy ist eine Anwendung für Smartphones, die (...) unauffällig SMS, Anrufe, Kalendereinträge, Notizen und vieles mehr aufzeichnet und speichert. mSpy kann als Wanze Konferenzräume belauschen, die Position des Handys via GPS ermitteln.“

Das „freie“ WLAN, das derzeit bundesweit installiert wird, ist ein Hauptmedium der Übertragung der Daten. Auf den harmlosen Smartphone-Apps sind Spionageprogramme angehängt, die Auskünfte über

das Denken und Verhalten der Nutzer versenden, um ein digitales Profil anzulegen und ständig aktualisieren zu können: „Der britische Fernsehsender Channel 4 hat bei einem Experiment herausgefunden, dass Smartphones auch heimlich jede Menge Informationen versenden. Innerhalb von 24 Stunden kontaktierte das Test-Handy etwa 350.000 mal 315 Server über das Internet. Einziger Schutz sei, das Smartphone vom Netz zu trennen oder es komplett auszuschalten.“

Im Leitfaden „Big-Data und Geschäftsmodelle in der Praxis: 40+ Beispiele“ des Unternehmerverbandes BITKOM wird an Firmenbeispielen der Nutzen des Data-Mining dokumentiert. Hier einige Auszüge:

- „E-Plus führt bis 2015 erstmals sämtliche Datenquellen mithilfe eines Analytics Platform System (APS) auf einer Big-Data-Plattform zusammen. Mit der Big-Data-Analyse werden die Bedürfnisse und Verhaltensweisen von Kunden auf bislang ungekannte Weise transparent gemacht.“ (S.27)

Beacons ermöglichen 360°-Messung der Customer Journey



- Verizon Wireless, US Mobilfunkanbieter: „125 Millionen Mobilfunkkunden erzeugen täglich über 2 Milliarden Datenpunkte. Diese gilt es (...) zu erfassen, zu analysieren und zu korrelieren, um dadurch ein besseres Verständnis des Kundenverhaltens zu gewinnen.“ (S. 52)
- Phantominds, Datenerfassungsfirma: „Diese Identifikation erfolgt über soziale Netzwerke (wie z. B. Facebook, Twitter, LinkedIn etc.) und auch über spezielle Foren im Internet. (...) Aktuell wird diese Lösung auf der Plattform von PhantoMinds implementiert und geprüft. Unternehmen steht dieser Service ab Juli 2015 zur Verfügung.“ (S.57)
- „Kreditech verwendet Big Data und komplexe selbstlernende Algorithmen mit dem Ziel, schnelle und nachhaltige Kreditentscheidungen zu ermöglichen. Die Technologie dahinter ist vollautomatisiert. Sie identifiziert Personen online innerhalb weniger Sekunden und errechnet ihren Kreditscore mithilfe von bis zu 15.000 verschiedenen Datenpunkten (S. 80 / 81)
- PSD-Bank: „Der nugg.ad-Algorithmus verarbeitet bis zu 1.000.000 Datenpunkte je Sekunde, um präzise Zielgruppeninformationen zu ermitteln und digitale Werbung an die richtigen User auszuliefern.“ (S. 88/89)
- Insure the Box, britische Autoversicherung: „Millionen von Geräten (Devices) sind mittlerweile in Fahrzeugen installiert und mit dem Octo Telematics Insight Centre vernetzt. Dort sind Daten (und Fahrverhalten) von mehr als 150 Milliarden gefahrener Kilometer gespeichert und daraus abgeleitete Erkenntnisse enthalten.“ (S. 91)

Die Kombination der personalisierten Daten aus Smartphone – und Tablet – Nutzung, Google, Facebook, Twitter, Schufa,

Bank, Versicherungs- und Gesundheitsdaten, Kassenauswertungen der Einkaufsketten, Apotheken, der Vernetzung der Autos über LTE und WLAN ergibt den gläsernen Konsumenten, ein exaktes Profil eines jeden Bürgers. Das Smartphone und der Tablet-PC sind heute die Hauptmedien, um die Konsumwünsche vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu verinnerlichen.

Dazu ein alltägliches Anwendungsbeispiel. Die nebenstehenden Grafiken aus der Homepage von intelliAd verdeutlichen den Ablauf. Eine Kundin betritt in der Shopping-Mall ein Schuhgeschäft. Ihr Smartphone loggt sich über WLAN ein. In Echtzeit beim Betreten des Geschäftes meldet das System, dass die Kundin den Schuhtyp High Heels besitzt, oder danach im Internet gegoogelt hat. Denn jede Suchanfrage, jeder Klick bei Google & Facebook & Twitter wurde von mehr als 50 Firmen abgespeichert und verarbeitet. So hat jeder Shop im Einkaufszentrum in Echtzeit ihr Kunden-Profil aus der Zusammenführung der On- und Offline-Daten parat.

Der Datenhunger ist ein großes Geschäft, so schreibt der Unternehmerverband BITKOM: „Der Gesamtmarkt für »Datability« bzw. die »Data Economy« ist weltweit in den letzten Jahren auf 73,5 Milliarden Euro bis Ende 2014 angewachsen. Von 2011 bis 2016 wächst der Markt um jährlich durchschnittlich 46,6 Prozent und wird sich damit von 23,6 Euro (2011) auf 160,6 Mrd. Euro (2016) nahezu verachtfachen. Die Profite sind enorm: „In 2014 standen die Ausstattung mit Sensor- und IT Technik (Big Data-IT-Infrastruktur) in einem Ver-

hältnis von rund 1:6 zu den darauf erbrachten Services. Dies bedeutet, dass pro investiertem Euro rund sechs Euro an Wertschöpfung bzw. Service-Umsätzen generiert werden.“ (S. 118)

Kanzlerin Merkel will nun dafür den Datenschutz komplett aufheben: „Man müsse, so die Kanzlerin kürzlich in Berlin, 'Datensicherheit in eine vernünftige Balance zu den Wertschöpfungsmöglichkeiten bringen, die uns die digitale Welt bietet'. Sie fügte hinzu: 'Ohne Big-Data-Management oder Mining werden wir an neuen Wertschöpfungen nicht teilnehmen können.'“ (Stuttgarter Zeitung, 13.03.2015)

... und ein Unterdrückungsinstrument

Was Handel – und Werbeindustrie können, das können NSA, BND und alle Geheimdienste der Welt schon lange, aber mit gravierenden Folgen. In einer Untersuchung der Universität von Cambridge (Konsinski et al., 2013) heißt es: „Unternehmen, Regierungsorganisationen und sogar Facebook-Freunde können Verfahren nutzen, um Attribute wie Intelligenz, sexuelle Orientierung oder politische Ansichten einer Person herauszufinden. Man kann sich leicht Situationen ausmalen, in denen solche Vorhersagen, selbst wenn sie falsch sein sollten, das individuelle Wohlbefinden, ja sogar die Freiheit oder das Leben bedrohen können.“

Die Fehleinschätzung der Risiken der digitalen Kommunikation für eine Opposition hatte für die Bewegungen des Arabischen Frühlings dramatische Folgen. Der Widerstand wurde identifiziert, Führungspersonen verhaftet, gefoltert und auch

getötet In der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ berichtet Prof. Thomas Demmlhuber (Hildesheim), auch Gastprofessor in Kairo:

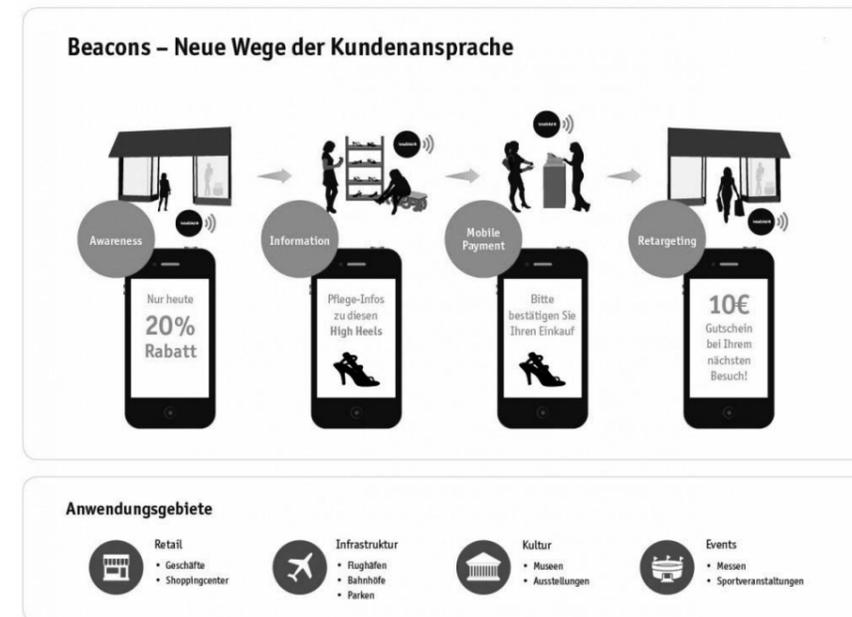
„Währenddessen beschleunigte sich ein schon vorher zu beobachtender Trend in der Verbreitung von Schad- und Spähsoftware der darauf abzielte, über Trojaner oder anderweitige Programme potenzielle Regimegegner frühzeitig zu identifizieren, Anti-Regime-Kreise zu unterwandern und gegebenenfalls zu manipulieren. (...) Der Aufbau von Einheiten „digitaler Söldner“ verändert gänzlich die Art und Weise staatlicher Kontrolle: Der früher vornehmlich „analoge“ Überwachung und Observierung von Internet-Cafés folgt nun sukzessive die Überwachung aus der Ferne über digitale Zugriffsmöglichkeiten. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ zitiert in diesem Kontext einen syrischen Aktivist mit den Worten: „My computer was arrested before I was.“

Die Folgen für den gläsernen „Normal“-Bürger

In Diktaturen ist es eine Frage von Leben und Tod. Bei uns hat es Folgen für das Leben, und die können für den Einzelnen einschneidend sein.

- Sie sind HeilerziehungspflegerIn, ErgotherapeutIn oder SozialarbeiterIn und schwul oder lesbisch. Sie bewerben sich bei der Caritas. Sie haben bei Amazon ein Buch über Aids bestellt. Sie sind immer wieder auf schwule-literatur.de und anderen Homepages von Schwulen- und Lesbenvereinigungen; Sie waren dazuhin auf der Christopher Street Parade und hatten ihr Smartphone an. Alles ist gespeichert, dank „People Analytics“. Ihr digitaler Zwilling liegt dem Personalchef vor. Er wird sie nicht zum Vorstellungsgespräch einladen.
- Der Versicherer Generali setzt dies bereits um und lockt Kunden mit einer ermäßigten Krankenversicherung, wenn sie per App belegen, dass sie Sport treiben. Versicherungen werden zukünftig speichern, was sie im Supermarkt einkaufen, ob sie Rauchen, wie viel Alkohol sie konsumieren, welche Risiko-Sportarten Sie betreiben und demnach die Prämie festsetzen, sie erst gar nicht versichern oder ihnen gar kündigen.

- Sie protestieren gegen Castor-Transporte, sind gegen Stuttgart 21 auf die Straße gegangen, aktiv in einer linken Gruppierung oder auch nur Mitglied im BUND. Der Algorithmus der Datenfirma empfiehlt der



Personalabteilung, sie nicht einzustellen, weil sie ein potentieller Unruhestifter sind.

Sie kultiviert vorausseilenden Gehorsam. Sie züchtet Selbstzensur. Die Dynamik der Selbstzensur entwickelt sich unabhängig davon, ob wirklich konkret im Einzelfall überwacht wird.“

Eine Generation ohne Bewusstsein für die Bedeutung der Privatsphäre wächst heran. Eine nachdenklich machende Bemerkung findet sich im Buch von Markus Morgenroth „Sie kennen dich! Sie haben dich! Sie steuern dich!“: „Die Generation, die heute von Google, Facebook & Co daran gewöhnt und erzogen wird, ihre Daten im Gegenzug für den Pseudo-Gratisdienst bereitwillig preiszugeben, sitzt morgen in den Führungsetagen der Unternehmen und wird in Parlamenten für Gesetzesänderungen zuständig sein“. (S. 189) Können wir das zulassen? Nein!

Was tun? Darauf gebe ich bewusst keine Antwort. Stattdessen bitte ich jeden Leser, der diese Überwachung ablehnt, zunächst seine eigenen Smartphone- und Internetgewohnheiten zu überprüfen. Nach dieser Standortbestimmung sollte er sich fragen: Habe ich noch den Anspruch auf Privatsphäre und Demokratie, oder ist mir der Nutzen dieser Geräte so wichtig, dass ich ihre Folgen in Kauf nehme?

Der Autor: Peter Hensinger, M.A., ist im Vorstand der Verbraucherorganisation Diagnose-Funk e.V. für das Ressort Wissenschaft zuständig, Mitglied im Vorstand des BUND KV Stuttgart und im Wissenschaftlichen Beirat der Offenen Akademie.

Peter Hensinger

- 1 <http://www.handyspionageapp.de/faq.html#q2>
- 2 „Smartphones geben heimlich Nutzerinformationen preis“, 22.11.2013, Homepage T-Online, http://www.t-online.de/computer/sicherheit/id_66638650/smartphones-geben-heimlich-nutzerinformationen-preis.html
- 3 Private traits and attributes are predictable from digital records of human behavior Michal Kosinski, David Stillwell, and Thore Graepel; www.pnas.org/cgi/doi/10.1073/pnas.1218772110
- 4 Thomas Demmelhuber: „Befreiungstechnologie“ Internet: Social Media, und die Diktatoren, in: Der Bürger im Staat, Internet und Politik, 4/2014; S. 208
- 5 Juli Zeh zur Überwachungsdebatte: Schützt den Datenkörper!; FAZ, 11.02.2014
- 6 Heribert Prantl: Bürger unter Generalverdacht, in: Edition Le Monde diplomatique No 16, 2015, S. 57

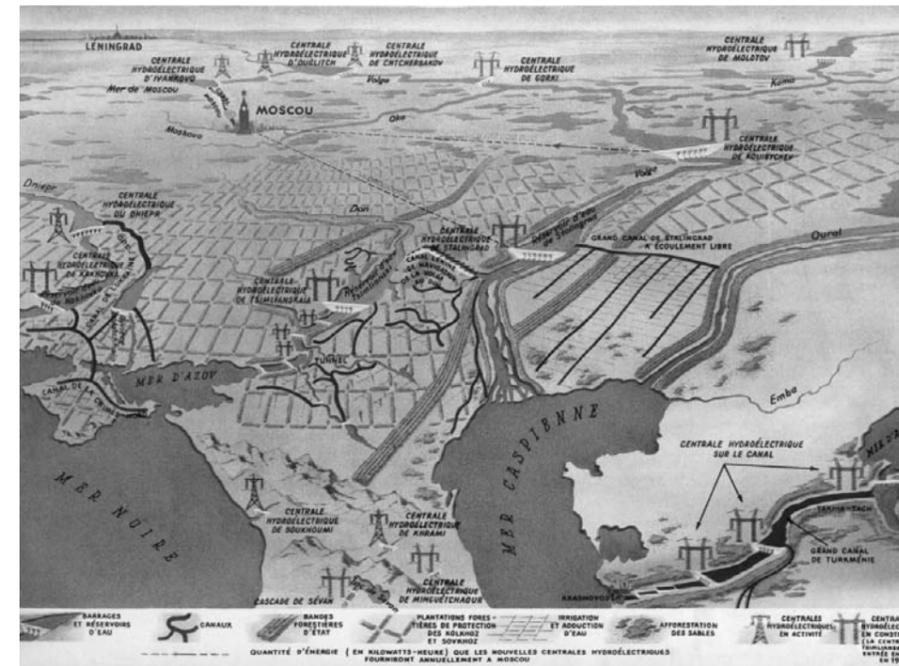
Die Freiheit, die wir mit den Geräten zu haben meinten, ist eine Freiheitsfalle

Den digitalen Zwilling gibt es inzwischen von jedem. Die Industrie hat es mit Hilfe von Werbestrategen erreicht, die Aufhebung der Privatsphäre zum kollektiven Hype zu machen Die Krise der Freiheit und das Neue besteht nicht darin, dass der Staat und die Industrie uns überwachen, das haben sie schon immer gemacht, sondern in der naiven Mitwirkung des Opfers an seiner Entmündigung, nicht zuletzt in der Ausrede „Ich habe nichts zu verbergen“. „Ich habe nichts zu verbergen“ ist somit ein Synonym für ‚Ich tue, was man von mir verlangt‘ und damit eine Bankrotterklärung an die Idee des selbstbestimmten Individuums“, schreibt die Autorin Juli Zeh.

Seit Snowdens Enthüllungen ist jedem bekannt, dass die Überwachung allgegenwärtig ist. Die Auswirkungen dieser permanenten Ungewissheit werden sich im Unterbewusstsein festsetzen und das Handeln bestimmen: „Wer überwacht wird, verhält sich konform. Das ist die eigentliche Gefahr der Massenüberwachung. Sie erzieht zur Konformität.



Wie in der Sowjetunion die Dürre bekämpft wurde



Die geplanten Aufforstungs- und Bewässerungsmaßnahmen

Es lohnt sich immer einen Blick in die Vergangenheit zu tun und anzusehen wie frühere Generationen Probleme gelöst haben. In der früheren Sowjetunion spielten Umwelt- und Naturschutz eine sehr wichtige Rolle. Es gab u.a. 90 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von rund 12 Millionen ha.¹ „Durch die Errichtung von Naturschutzgebieten ist (...) für immer die Gefahr beseitigt, dass diese oder jene Raubtiere, Vögel oder Fischarten oder bestimmte Pflanzen aussterben. So bleibt späteren Generationen die Vielgestaltigkeit der Natur unseres Landes erhalten.“² Bemerkenswerte Ziele, die vor 70 Jahren in dem damals sozialistischen Land formuliert wurden. Heutzutage ist die Natur und ihr Reichtum an Pflanzen und Tieren fast völlig der Profitmacherei unterworfen. Ein dramatisches Artensterben, die Zerstörung und Verseuchung von Landschaften, der Weltmeere und die Plünderung der natürlichen Rohstoffe haben ein katastrophales Ausmaß erreicht und bedrohen die Existenz des Lebens auf unserem Planeten. Nach dem 2. Weltkrieg begann man Schutzwaldgürtel aufzubauen, um die regelmäßig auftretenden Dürren durch Trockenwinde in den Schwarzerdegebieten im Südosten der europäischen Sowjetunion wirksam bekämpfen zu können. Die Folgen dieser regelmäßig auftretenden Naturkatastrophen waren Hungersnöte und die Vernichtung ganzer Ernten. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatte der russische Geologe Dokutschajew die Anpflanzung von Waldgürteln vorgeschla-

gen. Diese Ideen konnten aber nicht umgesetzt werden. Zum einen, weil die Großgrundbesitzer daran kein Interesse hatten. Zum anderen, weil sich der Zar für die Nöte seiner Untertanen überhaupt nicht interessierte. Erst nach der Revolution begann man sich ernsthaft mit einer Lösung zu beschäftigen. Stalin schrieb 1924: „Wir haben beschlossen, alles in unseren Kräften Stehende zu unternehmen, um uns in Zukunft gegen die Unberechenbarkeit der Dürre zu sichern. Wir beabsichtigen, dieses Werk mit dem Allernotwendigsten zu beginnen, nämlich mit der Schaffung eines keilförmigen Meliorationsstreifens im Raum von Samara-Saratow-Zarizyn-Astrachan-Stawropol.“³

Im Jahre 1948 wurde dann der Beschluss gefasst, Waldschutzgürtel sowie Teiche, Wasserreservoirs und ein Netz von Bewässerungskanälen anzulegen. Mit dieser Umgestaltung der Natur würde sich das lokale Klima, Flora und Fauna, die Bodenstruktur und die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Gebieten verändern. Dieser ehrgeizige Plan, wurde in einer Zeit umgesetzt in der der Westen, im Besonderen die US-Regierung, den Kalten Krieg eröffnete, ein riesiges Aufrüstungsprogramm begann und einen äußerst brutalen Krieg gegen das koreanische Volk führte.

Die „Zeit“ schrieb am 10.3.1949: „Der Sowjetrundfunk und die Leitartikel der Sowjetpresse berichten über einen Moskauer

Erlass von ungewöhnlicher Bedeutung: bis 1965 soll der Südosten des europäischen Russlands, sollen weite Teile des Schwarzerdegebiets durch Schaffung großer Waldgürtel ein vollkommen neues Gesicht erhalten.(...) Die Gesamtfläche wird mit über 120 Millionen ha angegeben: Es ist also größer als Frankreich und Deutschland zusammengenommen. Hand in Hand mit der Aufforstung wird im ganzen Gebiet die Grünlandwirtschaft eingeführt; die Brache soll bis 1950 verschwunden sein. Eine weitere Verfügung bestimmt, dass im ganzen Lande „Wasserspeicher“ (...) angelegt werden; für 1949 ist die Fertigstellung von 41 300 solcher Anlagen befohlen. Über 80 000 Kollektivwirtschaften mit über 12 Millionen Menschen werden in den Wirkungskreis des Planes einbezogen; etwa 323 000 ha Sandboden sollen schon im nächsten Jahr urbar gemacht werden.(...) „Prawda“ und „Iswestija“ begeistern sich für den „gewaltigen strategischen Angriffsplan gegen die Dürre“, nennen ihn eine der kühnsten kulturellen Taten der Geschichte der Menschheit und sehen der Entstehung eines vollkommen neuen gesegneten Schwarzerdelandes mit ungeheuren Möglichkeiten entgegen.“⁴ Ein so gewaltiges Projekt wäre unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen unvorstellbar. Der Publizist Paul Distelbarth, besuchte die Sowjetunion im Frühjahr 1953 und schreibt: „Was in der Sowjetunion immer wieder auffällt, ist die Einheitlichkeit und Großzügigkeit der Planung, sowie die Energie in der Durchfüh-



Waldschutzstreifen in der Kulundasteppe, wo sie heute noch bestehen



Waldanpflanzmaschine



Anhänger einer Waldanpflanzmaschine

... Voraussetzung ist allerdings, (...) dass aller Grund und Boden dem Staat gehört (...). Wenn man weiß, was für Schwierigkeiten unsern Architekten bei dem Wiederaufbau der zerstörten Städte die äußerst verwickelten Eigentumsverhältnisse plus dem Eigensinn der Besitzer bereiten, so kann man den Unterschied ermessen."⁵

Nach Stalins Tod wurde das Programm gestoppt. „In den bis 1953 angelegten 2,28 Millionen ha Schutzwaldstreifen ließen die Pflegerarbeiten nach, die Kolchosbauern benutzten die Waldstreifen als Viehweide. Bis Ende 1956 waren nur noch 650 000 ha Waldstreifen erhalten geblieben. Die Ursachen dieser Vernachlässigung waren innenpolitischer und wirtschaftlicher Natur.“⁶ Bedeutet, dass die neue Führung unter Nikita Chruschtschow bei ihren wirtschaftlichen Entscheidungen auf den kurzfristigen Gewinn schaute. Das Waldschutzprogramm war nachhaltig, aber kostenintensiv.

Das bodenschützende Anlegen von Waldstreifen wurde beendet. Man ging den vermeintlich einfacheren Weg, ließ Neuland in Uzbekistan und Kasachstan erschließen, Großkraftanlagen und Wasserkanäle in Mit-

telasien und im europäischen Norden bauen. Die Beseitigung der natürlichen Pflanzenstrukturen durch die Umwandlung der Böden in Ackerland, führte zu erheblichen Bodenverlusten durch Wind- und Wassererosion. Die Erträge sanken nach drei bis vier Jahren auf 30 bis 40%. Die Humusschicht der Böden verringerte sich in kurzer Zeit um 10 bis 20 cm.⁷ Die Bodenerosion wurde nicht durch natürliche Maßnahmen wie Feldgraswirtschaft und Aufforstung gestoppt, sondern Kunstdünger in großen Mengen wurde eingesetzt und Bewässerungsmaßnahmen in großem Stil durchgeführt. In den 90er Jahren waren viele Ackerflächen überdüngt und zerstört. Der Raubbau führte auch zur Zerstörung des Aralsees, dessen Hauptzuflüssen große Wassermengen entzogen worden waren. 1960 hatte der Aralsee eine Größe von 1090 km³. Bis in die 90 er Jahre war er um 90% geschrumpft. Der Salzanteil stieg von 10 g/l auf etwa 40 g/l. Heute noch wird Stalin für diese Umweltkatastrophe verantwortlich gemacht, obwohl der 1953 gestorben ist.⁸

Obwohl das Projekt nicht zu Ende gebracht wurde und die Wirkung der Schutzwaldstreifen auf beispielsweise das lokale Klima nicht studiert werden kann, wurde trotzdem der Beweis angetreten, dass der

Mensch die Natur in positivem Sinne verändern kann. Voraussetzung ist allerdings, dass die Natur nicht als Ware und Objekt für die Profitmacherei behandelt wird.

¹ Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Verlag Kultur und Fortschritt Berlin 1950, S. 1498

² ebenda S.1500

³ A. Jakowlew, Großbauten des Kommunismus, Verlag Neues Leben Berlin 1953, S. 17

⁴ <http://www.zeit.de/1949/10/wald-auf-schwarzerde>

⁵ Paul Distelbarth, Rußland heute, Rowohlt Verlag Hamburg 1954, S. 112

⁶ Josef Breburda, Auswirkungen der landwirtschaftlichen Bodennutzung auf Bodenfruchtbarkeit und Umwelt in der GUS, S.111 http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2013/9346/pdf/GU_25_1_992_S105_113.pdf

⁷ vgl. J. Breburda, S. 111

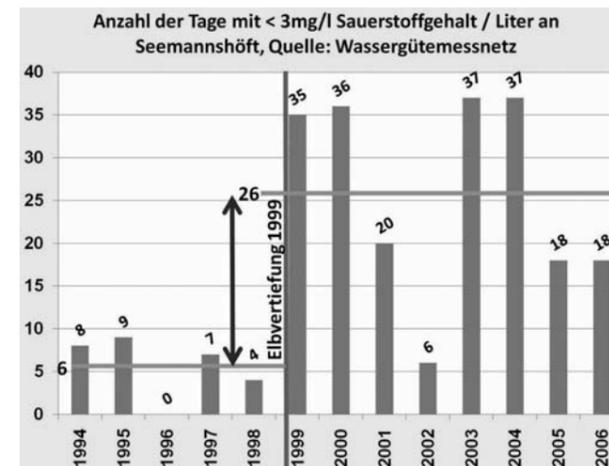
⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Aralsee>

Weitere Literatur
M. Iljin, Besiegte Natur, Verlag Volk und Welt Berlin 1951

Wider die mutwillige Zerstörung der Elbe

Die Bundesrepublik Deutschland und die Stadt Hamburg planen, die Fahrrinne der Elbe ab Hamburg zum neunten Mal von jetzt 15,50 m auf 17,10 m unter Seekarten Null zu vertiefen. Damit soll erreicht werden, dass Schiffe mit einem Tiefgang von 14,50 m in Salzwasser bzw. 14,80 m in Süßwasser die Unterelbe auch bei Ebbe befahren können. Tideabhängig können Schiffe Hamburg heute schon bis zu einem Tiefgang von 14,80 m in Süßwasser mit der Flut anlaufen und mit bis zu 13,80 m Tiefgang dann wieder auslaufen. Mit der Vertiefung soll die Elbe für Begegnungen und Manöver der immer längeren und breiteren Schiffe auch noch erheblich verbreitert werden.

stehende Elbvertiefung als Umweltschutzmaßnahme. Es würden dann mehr Güter mit Schiffen statt LKW transportiert werden. Das wäre nur dann richtig, wenn die Seeschiffe mit Diesel, besser noch mit alternativen Antrieben ausgestattet wären. Besonders der hohe Schwefelgehalt des verbrannten Schweröls, der in Nord- und Ostsee 1000 mal, auf den Weltmeeren sogar 3500 mal höher als bei LKW-Diesel sein darf, belastet die Luft. Es werden 50.000 Tote jährlich allein durch den Schadstoffausstoß des Schiffsverkehrs an Nord- und Ostsee geschätzt.



Sauerstofflöcher in der Unterelbe; Copyright: Walter Rademacher.

Für Reeder und Hamburger Senat ist die Sache klar: Für den Handel der internationalen Übermonopole, insbesondere der chinesischen, die fast die Hälfte des Hamburger Containerumschlags bestimmen, muss Hamburg zum Tiefseehafen werden.

Die drohende Gefahr einer noch größeren Zerstörung der Elbe wird offiziell heftig bestritten. Das Urteil über die Klage von Umweltverbänden hat das Bundesverwaltungsgericht auf den Europäischen Gerichtshof Brüssel geschoben. Dessen Zustimmung mit wohl geringfügigen Auflagen wird für Mai/Juni erwartet.

Es zeigt sich, dass den internationalen Handelsmonopolen und deutschen Reeder weder mit Argumenten zur Rettung der Umwelt, noch mit bürgerlichen Gerichten beizukommen ist. Umso wichtiger ist, dass der Widerstand einer an der ganzen Unterelbe vorhanden kämpferischen Opposition erheblich an Fahrt gewinnt.

Uwe Polkaehn, vom DGB Bezirk Nord, befürwortet die Pläne und bezeichnete die bevor-



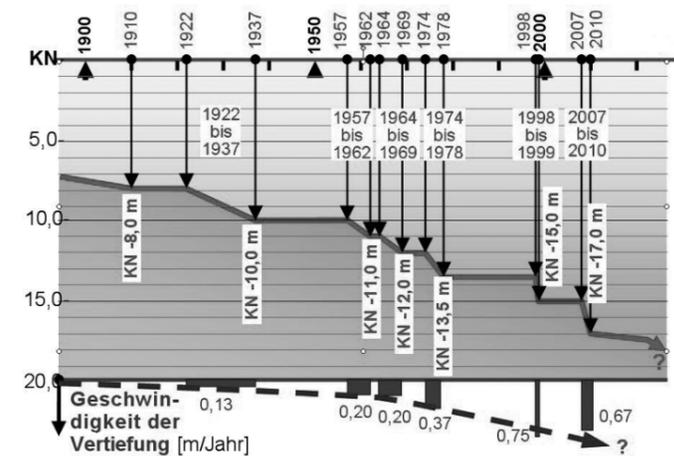
Protest gegen Elbvertiefung in Hamburg anlässlich der Koalitionsverhandlungen am 28. März 2008; Copyright: Walter Rademacher

Elbe weiter flussaufwärts. Auch das an die Elbe angrenzende Grundwasser wird durch den Austausch mit dem Elbwasser immer salzhaltiger und der Obstanbau in seiner Existenz bedroht.

Vor allem wird durch weitere Elbvertiefungen die Gefahr von regionalen Flutkatastrophen durch Deichbrüche heraufbeschrieben. Durch sie erhöht sich der Tidenhub an der Unterelbe. Heute liegt der mittlere Pegelstand bei Hochwasser in Sankt Pauli 1,24 m höher und bei Niedrigwasser 1 m tiefer als vor 200 Jahren. Durch die steigende Fließgeschwindigkeit der Elbe und noch mehr durch die Bugwellen der immer größeren Schiffe werden die Deiche zunehmend geschädigt.

Im Kampf gegen die mutwillige Zerstörung der Elbe müssen Umwelt- und Arbeiterbewegung an einem Strang ziehen. Unsere Hamburger Gruppe der neuen Umweltgewerkschaft richtete eine Fachgruppe gegen die Elberstörung ein und kämpft für den Aufbau eines breiten Bündnisses aus Hafen- und Transportarbeitern, Elbanrainern und Umweltgruppen.

Dr. Hans-Ulrich Jüttner und Stephan Brandt



Fracking durch die Hintertür...



...so kennzeichnete der WDR-Autor Jürgen Döschner vor kurzem die Berliner Fracking-Politik: „Strenge Regeln, aber kein Komplet-Verbot – das sieht der Gesetzentwurf zu Fracking vor. Damit wird die umstrittene Gasfördertechnik durch die Hintertür ermöglicht.“ Noch vor zwei Jahren hatte das Umweltbundesamt eine Analyse veröffentlicht, die eigentlich nur den Schluss zulässt: Fracking generell verbieten ist die einzige Antwort auf die allseitigen Gefahren dieser „unkonventionellen“ Fördertechnik für Mensch und Natur. In NRW gab es eine ähnliche Studie, und die NRW-Regierungschefin, Hannelore Kraft, kam von Fracking-Besichtigungen in Kanada zurück mit der Ansage: „Ich bleibe bei dem, was ich immer gesagt habe: Solange ich in Nordrhein-Westfalen Ministerpräsidentin bin, wird es hier kein Fracking für die unkonventionelle Erdgasförderung geben.“¹



Wenn Sie dabei bleibt, wird sie Probleme mit ihren SPD-Parteifreunden kriegen: Wirtschaftsminister Gabriel und Umweltministerin Hendricks gaben ihre bisherige Ablehnung, geschuldet dem breiten Widerstand, auf. Denn seit letztem Sommer trommeln Energiekonzerne und viele Medien, dass Deutschland sich das Geschäft nicht entgehen lassen könne, Fracking für den „Industrie- und Technologiestandort“ unverzichtbar sei, und man so unabhängiger vom russischen Gas werde.

Mit Entwürfen für ein Gesetzespaket setzt die Bundesregierung das um. Sie setzt dabei betrügerisch auf eine „japanische“ Lösung

wie beim Walfang: Weltweit ist er verboten, außer zu „wissenschaftlichen Zwecken“. Entsprechend soll mit den Berliner Gesetzentwürfen Fracking zwar „verboten“ bleiben, aber Bohrungen zu wissenschaftlichen Zwecken sollen erlaubt sein! Und können unter bestimmten Voraussetzungen auch kommerziell genutzt werden.

Die Bundesregierung bremst damit die Energiewende im Interesse der Energiekonzerne weiter aus. Statt Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien wird der gefährlichsten und teuersten Methode, Gas und Öl zu fördern, der Weg bereitet mit einem Bündel von

Änderungen wasser-, naturschutz- und bergrechtlicher Vorschriften.

Erlaubt zu „Forschungszwecken“, das bedeutet den breiten Einstieg in Fracking in Deutschland. Denn teure Probebohrungen lohnen sich nur für die profitable Anwendung. Wenn trotzdem das „Verbot“ hochgehalten wird, ist das grobe Irreführung. Ebenso, dass die Bundesregierung Fracking oberhalb 3000 m angeblich nicht zulassen wolle, um das „Trinkwasser zu schützen“. Doch die Bohrungen, Frack-Flüssigkeiten und -Gifte gehen durch alle Erd- und wasserführenden Schichten. Eine Trennung dieser Schichten vom Grundwasser und Oberflächenwasser zur Trinkwassergewinnung gibt es nicht.

Außerdem sollen auch oberhalb dieser 3000 m Ausnahmen genehmigt werden können – von einer sechsköpfigen Expertenkommission! Mit Recht kritisiert der BUND dies als Hinterzimmerpolitik. Wobei auch eine „demokratischere“ Praxis nichts daran ändern würde, dass Fracking eine unverantwortliche Gefährdung von Mensch und Natur zur Folge hat.

Es geht anders. Auf der Fläche einer einzigen Frackbohrung könnten Solarpanels aufgestellt werden, die der thermischen Energie von 140 000 m³ Gas entsprechen.

**Fracking verbieten – ohne Kompromisse!
Fracking stoppen – mit der Kraft der Arbeiter- und Umweltbewegung!**

¹Aachener Zeitung, 5.6.2014



Die ökonomischen Hintergründe des Fracking

Die Verbrennung der fossilen Energieträger Erdöl, Erdgas, Steinkohle und Braunkohle und ihre Förderung ist eines der größten Geschäfte auf der Welt. Rund 100 der 500 internationalen Übermonopole des Jahres 2013 sind daran unmittelbar beteiligt. Sie werden niemals freiwillig auf Fracking verzichten. Zu den Profiteuren zählen 50 Mineralölkonzerne, 34 Energie- und Versorgungsunternehmen, die Gaslieferanten mit eingeschlossen, 13 Kohlekonzerne, davon 9 aus China sowie die beiden großen Erdöl- und Erdgasfeldausrüster Schlumberger und Halliburton aus den USA. Hunderte weitere Konzerne sind ebenfalls daran interessiert, allein die 33 Automobilkonzerne unter den 500 größten Konzernen, die überwiegend Verbrennungsmotoren herstellen, die 59 Großbanken, 46 Versicherungen, die zahlreichen Lieferanten unter den 31 Elektro- und Computerkonzernen von Ausrüstung, die Betreiber von Pipelines usw. Die Hälfte aller DAX-



Monopole in Deutschland hat inzwischen in das Fracking investiert. Siemens betreibt in Europa massiven Abbau von Arbeitsplätzen, hat sich von seiner Hausgerätesparte getrennt, aber übernimmt den US Fracking-Zulieferer Dresser-Rand für umgerechnet 5,8 Milliarden Euro. Dazu holte sich Siemens die US-Managerin Lisa Davis in den Vorstand. Der Konzern habe mit der Amerikanerin jemand gefunden, „der die Sprache des Öls und Gases spricht. Und damit meine ich nicht nur das Englische“, sagte Siemens-Boss Joe Kaeser.

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts rechnen Analysten des Finanzkapitals mit Investitionen von rund einer Billion US-Dollar rund um das Fracking-Geschäft. Es kommt heutzutage gar nicht mehr darauf an, ob die Geschäfte mit Atomenergie oder Fracking irgendeinen gesellschaftlichen Nutzen haben, ob sie wirklich gebraucht werden zur Energieversorgung der Gesellschaft. Die internationale Fracking-Offensive, die inzwischen auf allen Conti-

nenten stattfindet, zeigt mehr noch, dass kapitalistische Produktion und Konsumtion dabei die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit in Kauf nimmt. Mit ihrer Fracking-Offensive haben die US-Monopole eine Öl- und Gasschwemme auf dem Weltmarkt ausgelöst, die Energiepreise gedrückt und sich dabei bei der Überwindung der tiefsten Weltwirtschaftskrise, die 2014 zu Ende ging, einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz verschafft.

Die Methode des Fracking bezieht sich nicht nur auf Erdgas (Schiefergas und Flözgas), sondern auch auf Erdöl (Ölsände, Schieferöl, sogenanntes „Tight Oil“). Das erklärt, warum die USA sich auch wieder an die Spitze der Ölförderung setzen konnten, weil damit in Alaska und Kanada unter gewaltiger Zerstörung der dortigen Waldgebiete und Gewässer die Förderung mit neuen destruktiven Methoden auf die Spitze getrieben wurde. Die daraufhin ebenfalls gesteigerte Ölförderung in arabischen Staaten trug zum Preisverfall von Öl und Gas mit bei und bewirkt eine für die Menschheit nicht hinnehmbare Fortschreibung und Steigerung des fossilen Zeitalters. Das schmälert zwar Profite der Ölkonzerne aus dem Öl- und Gasgeschäft, steigert aber ihren Gesamtprofit aus dem Geschäft rund um die „unkonventionelle Förderung“. Die Hoffnung, Fracking würde durch diese Entwicklung nicht mehr profitabel und sich von selbst erledigen, ist deshalb ein gefährlicher Trugschluss. Nicht nur die damit forcierte Erderwärmung wird durch die destruktiven Fördermethoden weiter vorangetrieben, sondern auch ihre Kompensationsmechanismen wie Wälder und Weltmeere in neuem Ausmaß zerstört. Deswegen konzentriert sich am Kampf gegen Fracking oder gegen die Alaska-Pipeline in den USA auch zu recht der Massenprotest, dieser kann aber den bereits weit vorangeschrittenen Übergang in die globale Klimakatastrophe alleine nicht aufhalten.

Die reichhaltigen Vorkommen an Fracking-Gas in der Ukraine sind ein wichtiger Grund für die dort stattfindenden kriegerischen imperialistischen Auseinandersetzungen. Es geht um die Kontrolle der vorhandenen Rohstoffquellen.

Mit der Neuorganisation der internationalen Produktion entstanden neue ökonomische Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus, die Überakkumulation von Kapital wurde chronisch: „Die Möglichkeiten für Maximalprofit versprechende Anlagen blieben hinter der Ausdehnung des Kapitals zurück. Deshalb wurde die rücksichtslose Ausbeutung der Naturressourcen als eine Quelle des Reichtums auf einem Niveau



der systematischen und allseitigen Zerstörung der lebensnotwendigen Einheit von Mensch und Natur erstmals zu einem ökonomischen Zwang; anders konnte das allein herrschende internationale Finanzkapital keine Maximalprofite mehr verwirklichen.“ („Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“ S.190/191) Es handelt sich hier also um eine Modifizierung des Gesetzes zur Akkumulation des Kapitals in der Phase der internationalisierten Produktion im imperialistischen Welt-system. Dies erfordert heute unter anderem eine internationale Umweltbewegung in neuer Qualität und als gesellschaftskritische Kraft heraus. In der Tat entwickelt sich von Algerien über Polen bis in die USA kämpferischer aktiver Volkswiderstand gegen Fracking. Aber nicht als isolierte Bewegung, sondern nur im Zusammenschluss aller Bewegungen und Erkennen von gemeinsamem Ziel und gemeinsamem Gegner kann hier eine den Umweltzerstörern überlegene gesellschaftliche Kraft herausgebildet werden. Denn das Fracking ist ein wesentlicher, aber eben nur ein Baustein in der ganzen Kette von Umweltverbrechen der heutigen Zeit, von Vermüllung und chemisch-atomarer Vergiftung bis zum bereits begonnenen Übergang in die globale Klimakatastrophe.

Allen Umweltfreunden möchte ich den Kauf und auch die aktive Verbreitung dieser wichtigen Streitschrift „Katastrophenalarm – Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“ ans Herz legen. Rezensionen sind willkommen auf der Webseite www.katastrophenalarm.info.

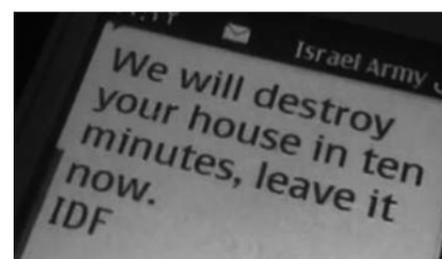
Dr. med. Günther Bittel,
umweltpolitischer Sprecher der MLPD

Im Gazastreifen droht eine humanitäre und ökologische Katastrophe



Giftige Rauchwolken nach dem Beschuss des Elektrizitätswerks in Gaza

Die Lebensumstände für die Menschen im Gazastreifen sind bedrohlich. Nach einem im August 2012 veröffentlichten UN-Bericht („Gaza in 2020 – A liveable place?“)¹ wird der Gazastreifen im Jahr 2020 unbewohnbar sein, wenn nicht „übermenschliche“² Anstrengungen unternommen werden. Diese Aussage wurde 2012 getroffen, wegen der vielen bereits bestehenden ungelösten Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung. Diese sind durch Israels vollständige Blockade verursacht. In Gaza leben auf 365 qkm 1,76 Millionen Menschen, die höchste Bevölkerungsdichte in der Welt. Der Krieg im Sommer 2014 hat die Lage der Menschen in Gaza dramatisch verschlechtert. Warum wir in un-



serem Magazin für Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz darüber berichten? Weil auch im letzten Gazakrieg 2014 (Fels in der Brandung) die IDF wieder massiv die Umwelt, gezielt und bewusst lebensnotwendige Versorgungsanlagen im Gazastreifen zerstört hat. Wir können nicht dazu schweigen, wenn fast 1,8 Mio. Menschen unter lebensbedrohlichen Verhältnissen gefangen gehalten werden. Einige Folgen der barbarischen Kriegsführung Israels während des 51 tägigen Krieges 2014 sollen nachfolgend kurz dargestellt werden.

- Die israelische Armee hat 2.188 Palästinenser getötet und 11.231 Zivilisten verletzt. Eine Flucht aus dem Kriegsgebiet war für die Menschen unmöglich, weil der Gazastreifen weiter blockiert war.
- Schäden an 18.000 Wohneinheiten sind entstanden. 13% des in Gaza verfügbaren Wohnraums wurde vollständig oder teilweise zerstört.³
- etwa 373.000 Kinder benötigen als Folge des Krieges direkte professionelle psychologische Hilfe

- Von den 32 Krankenhäusern wurden 17 beschädigt und sechs mussten ganz geschlossen werden.
- Die Wasser- und Abwasser-Systeme wurden zu 70 Prozent beschädigt. Beschädigungen und Zerstörung des Wasser- und Abwässernetzwerks verursachen Wasserverlust und das Durchsickern von Restabwässern, die das Trinkwasser kontaminieren. Große Mengen von unge reinigten Abwässern aus den Häusern und Straßen bedrohen die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung.
- Bereits die Hälfte der getesteten Kinder aus dem Gazastreifen weisen wegen des kontaminierten Trinkwassers einen Mangel an roten Blutkörpern auf, wodurch unterschiedlichste Krankheiten hervorgerufen werden können. Bereits 2016 wird es im Gazastreifen kein trinkbares Wasser mehr geben. Dabei wird nach Schätzungen der UN der Bedarf an Wasser bis zum Jahre 2020 um 60 Prozent steigen.

- die Verschmutzung des Meerwassers hat sich nach dem Krieg verdoppelt. Während der Angriffe flossen täglich 100 000 Kubikmeter unbehandeltes Wasser ins Meer. Das verseuchte Meerwasser kontaminiert Meerestiere und bedroht den Fischfang.
- Der Mangel an effektiver Abfallwirtschaft sowie der Mangel an Bodenfläche, die zur Errichtung ausreichender und gesunder Mülldeponien erforderlich ist, sind neben fehlendem Trinkwasser das zweite große Umweltproblem. Über zwei Mio. Tonnen Trümmer und Schutt, von bei den Angriffen zerstörten Gebäuden und Häusern verschärfen das Abfallproblem.
- Der Einsatz einer großen Menge international verbotener Waffen und Sprengstoffe, wie Nuklearbomben, Streubomben, weiße Phosphorbomben und DIME-Bomben (Dense Inert Metal Explosives = Sprengstoffe mit dichtem, inertem Metall), abgereichertes Uran, – über 20 000 Tonnen in den 51 Tagen der Angriffe auf den Gazastreifen – führt zur Luftverschmutzung mit einem hohen Grad an gefährlichen Kontaminanten.

- Der Beschuss der Kraftstofftanks des Elektrizitätswerks von Gaza (GPP) mit zwei Millionen Tonnen Diesel, das über ein Drittel des Gazastreifens mit Elektrizität versorgt, erzeugte riesige Mengen schwarzer Rauchwolken. Große Mengen toxischer Gase und feine toxische und karzinogene Partikel waren in der Luft und wurden von den Menschen eingeatmet, was zu zahlreichen schweren Erkrankungen der Atemwege führte.
- Ein anderes bedeutsames ökologisches Problem, das zu zukünftigen ökologischen Risiken führt, sind die verschiedenen gefährlichen Bomben und Geschosse, die während des israelischen Überfalls über Gazas Boden abgeworfen wurden, sich in der Luft öffneten und verteilten und auf dem Boden mit der Erde vermischt.
- Die Pflanzendecke der Böden in Gaza wurde massiv zerstört. Durch die direkten Bombardierungen von Flugzeugen aus oder während der Invasion durch israelische Panzer, die tiefe Furchen in der Erde hinterlassen hat. Folgen sind Kontamination des Bodens die Zerstörung der natürlichen Zusammensetzung des Bodens sowie die Änderung seiner Beschaffenheit und seiner Schichten. Der Anteil des zerstörten Landes betrug 34 500 Morgen, fast das Doppelte von dem, was bei den Angriffen im Jahr 2009 zerstört wurde.

deraufbau, insbesondere Zement, nach Gaza gelangen können. Die bei einer im Oktober 2014 in Kairo abgehaltenen Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Gazastreifens zugesagten 4,3 Milliarden Euro können in Folge der Weigerung der israelischen Regierung, wenigstens ein Mindestmaß an Materialien und Produkten über die Grenzübergänge zu lassen, nicht abgerufen werden. Solche Zustände kann kein Mensch rechtfertigen, selbst wenn er glaubt Israels Existenzrecht würde bedroht.

Die Gaza-Solidaritätsbewegung sollte internationale Natur- und Umweltverbände einbeziehen und sich gemeinsam für ein ökologisches Sanierungsprogramm zur Erhaltung der Lebensgrundlage der in Gaza lebenden Menschen einsetzen.⁴

- Wir fordern ein Ende der Blockade des Gazastreifens.
- Sofortige Hilfe für die Bevölkerung, damit die Kriegsschäden beseitigt und eine Infrastruktur aufgebaut werden kann, die die Lebensverhältnisse der Menschen im Gazastreifen grundlegend verbessert

¹ Gaza a liveable place? A report by the United Nations Country Team in the occupied Palestinian territory, August 2012

² ebenda S. 16

³ Außerordentliche Sitzung des Russell-Tribunals zu Gaza. Zusammenfassung der Ergebnisse, Brüssel 25. September 2014, Seite 3

⁴ vgl. auch <http://www.businesscrime.de/oekologische-und-soziale-katastrophe-macht-gaza-unbewohnbar/>



Zerstörte Wohnhäuser

Giftmüll-„Verklappung“ im Ruhrgebiet: Landesregierung und RAG spielen auf Zeit

Seit Anfang der 1980er Jahre bis 2006 wurden ca. 1,6 Mio. Tonnen Müll in stillgelegten Steinkohlezechen bis 1200 m Tiefe „verklappt“! Davon sind mindestens 600.000 Tonnen hochgiftiger Müll (verseucht mit Dioxinen, Furanen usw.). Jetzt kommen zu dem hochgiftigen Müll „... auch 10.000 Tonnen PCB-belastete Hydraulikflüssigkeit, die zwischen 1977 und 1983 als Betriebsmittel eingesetzt wurden.“¹

Bergbau (Stollenbergbau) ist nicht möglich ohne das ständige Abpumpen des Grubenwassers (Wasserhaltung). Stollen und Schächte würden sich mit Wasser füllen und einbrechen. Mit katastrophalen Folgen für die Bergleute. Würde die Förderung des Grubenwassers eingestellt, würden große Flächen des Ruhrgebiets überschwemmt.

Auf einigen stillgelegten Zechen im Ruhrgebiet wurde bereits die Wasserhaltung zurückgefahren. So ist sie auf Consol (Gelsenkirchen), bei ca. 1000 m angelangt. Giftmüll wurde aber auf Consol bei 1100 bis 1200 m eingelagert. Der Giftmüll wird also teilweise bereits von fließendem Wasser umspült. Durch das Zurückfahren der Wasserhaltung spart die RAG viel Geld. Nur, auf wessen Kosten?

Spätestens mit dem beabsichtigten Ende des Steinkohlebergbaus 2018 ist die dafür gegründete RAG-Stiftung für das Abpumpen des Grubenwassers verantwortlich. Geht es nach deren Vorstellungen, dann wird die Wasserhaltung auf mindestens 500 m gesenkt. Die Gefahr der Vermischung von Gruben- mit Oberflächen- und Grundwasser wächst.

Das Trinkwasser und damit die Lebensgrundlagen im Ruhrgebiet und angrenzenden Gebieten (Niederlande) sind gefährdet. Die Gefahr einer regionalen Umweltkatastrophe wird von den Verantwortlichen der RAG in Kauf genommen.

Der Bergmann Christian Link hatte diesen Zusammenhang bereits 2014 „öffentlich“ gemacht und wurde dafür vom RAG-Vor-

stand mit einem ruhrgebietsweiten Anfahrverbot bestraft. Das Anfahrverbot kommt einem Berufsverbot gleich. Wer die Wahrheit sagt, der fliegt! Das darf man nicht auf sich sitzen lassen! Dazu gibt es eine Unterschriftensammlung der neu gegründeten Umweltgewerkschaft³. Bisher wurden bundesweit 1375 Unterschriften gesammelt (Stand 25.02.15).

Die SPD/Grünen Landesregierung in NRW kam mittlerweile so unter Druck, dass ein weiteres Zurückfahren der Wasserhaltung bis zum Vorliegen eines Gutachtens verboten wird. Das ist ein Teilerfolg des Protests und der Öffentlichkeits- bzw. Aufklärungsarbeit. Das reicht aber nicht!

1. Das Abpumpen des Grubenwassers muss sofort auf 1400 m erhöht werden, um das Umspülen des eingelagerten Giftmülls (z.B. Consol) zu verhindern.
2. PCB und Giftmüll müssen wieder aus den Schächten herausgeholt werden.

3. Ein Gutachten muss die Frage behandeln, bis wann Giftmüll und PCB aus den Schächten entfernt werden.

Die NRW Landesregierung scheint es allerdings nicht eilig zu haben:

„... wie NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) gestern bekannt gab, soll der Auftrag für ein entsprechendes Gutachten erst bis zur Sommerpause vergeben werden. Mit belastbaren Ergebnissen wird frühestens Mitte 2016 gerechnet. Man werte derzeit noch die Angebote für die umfassende Analyse zum sogenannten Bergversatz aus, bestätigte ein Sprecher Rimmels auf Anfrage. Dabei geht es zunächst um die Verfüllung alter Schächte mit Sondermüll und die ökologischen Folgen. Zusätzlich sollen die Forscher einem möglichen Austritt des Gifts PCB nachspüren.“⁴

„RAG-Stiftungschef Werner Müller bekräftigte hingegen in einem Schreiben an den CDU-Landtagsabgeordneten Josef Hovenjürgen den Standpunkt des Zechenbetreibers RAG. Danach stelle sich die Frage der PCB-Problematik „aufgrund seit langem und fortwährend durchgeführten Messungen realiter nicht“, so Müller.“⁵

Müller spielt mit seinen Ausführungen das Problem herunter und will wohl die Wogen glätten. Die Landesregierung gibt mit ihrer Zeitplanung der RAG/RAG-Stiftung offensichtlich nach! Das ist unannehmbar! Eckehard Osimitsch

PCB: Polychlorierten Biphenyle
Gehören zum „Dreckigen Dutzend“ der weltweit geächteten sog. Dauergifte und kaum mehr abbaubar.

PCB sind geruchs- und geschmacklos, kaum wasserlöslich und lagern sich in fetthaltigen Körpergeweben wie z.B. Gehirn und Nerven bevorzugt an. Anreicherung in fetthaltigen, tierischen Nahrungsmitteln (Fisch). Anreicherung in der Muttermilch bei Mensch und Tier. Sie werden in der Umwelt sehr langsam biologisch abgebaut.

Die auf Dauer im Körper deponierten PCB bewirken Stoffwechselstörungen der Leber, Hautschäden und eine Beeinträchtigung des Immunsystems. Das Potential Krebs auszulösen ist hoch. Im Brandfall entstehen mit hoher Wahrscheinlichkeit große Mengen an Dioxinen und Furanen.

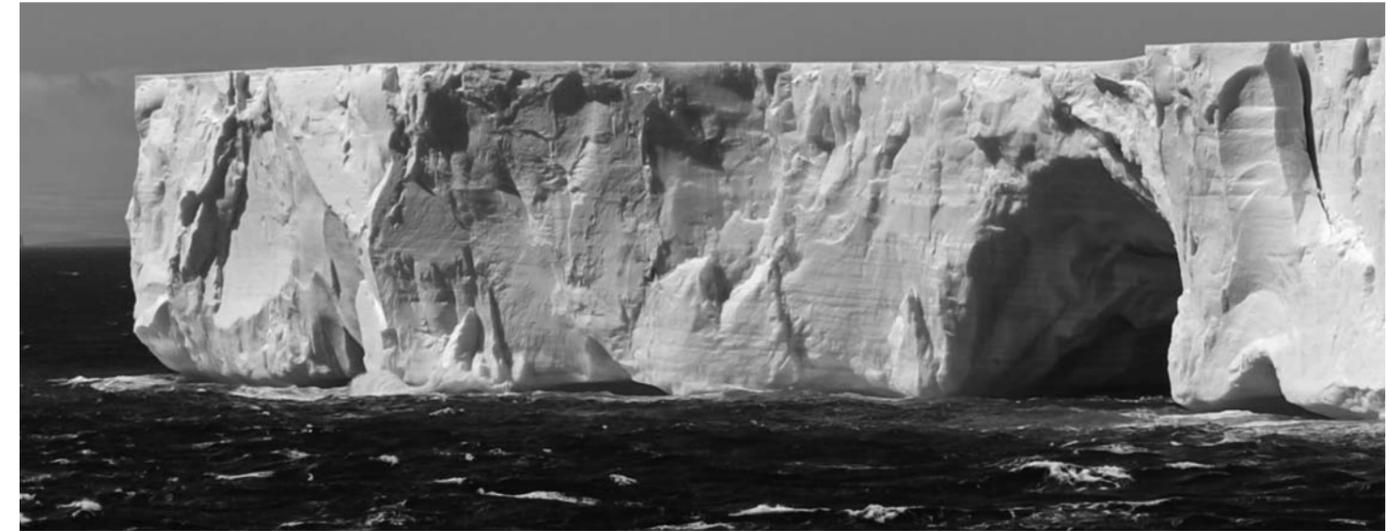
¹ = der westen-online vom 07.02.2015

³ = <http://www.umweltgewerkschaft.org/>

^{4/5} = (<http://www.derwesten.de/politik/bergbau-gift-im-trinkwasser-erkenntnisse-erst-mitte-2016-aimp-id10452130.html>)

* realiter: in Wirklichkeit (Duden)

Westantarktis überschreitet den Kippunkt



Beitrag von Stefan Rahmstorf in www.sciencelogs.de vom 10. September 2014, abgedruckt mit seiner freundlichen Genehmigung.

Ein US-Fachjournalist nannte es einen „holy shit moment for global warming“ – aber das ist untertrieben. Es ist ein historischer Wendepunkt – nicht nur für die Klimaforschung, sondern für die Menschheit. Seit dem Frühjahr 2014 wissen wir: Der Westantarktische Eisschild ist höchstwahrscheinlich instabil geworden und damit gewissermaßen im freien Fall. „Der Planet ist in eine neue Ära eingetreten“, schrieb der Antarktixperte Anders Levermann kürzlich dazu. Damit sind mehrere Meter Meeresspiegelanstieg und der Untergang von Küstenstädten und ganzer Inselstaaten vorprogrammiert und praktisch unausweichlich geworden.

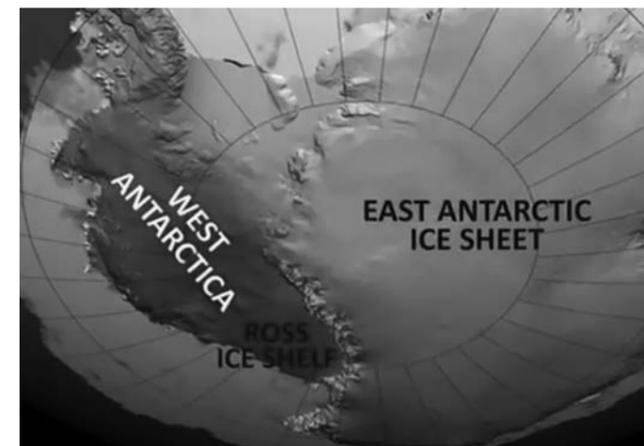
Drei riesige Kontinentaleisschilde gibt es derzeit auf der Erde: den Grönländischen, den Westantarktischen und den Ostantarktischen Eisschild. Es handelt sich um

mehrere tausend Meter dicke Landeis Massen, die die Schneefälle von hunderttausenden Jahren enthalten und zusammen genug Wasser binden, um damit den Meeresspiegel weltweit um 65 Meter zu erhöhen.

In den 1970er Jahren wurde von Glaziologen wie Hans Weertman, Robert Thomas und Terry Hughes eine fundamentale Instabilität von Eisschilden erkannt, die „marine ice sheet instability“. Sie betrifft Eismassen, die auf Land unterhalb des Meeresspiegels liegen und ins Meer fließen und „kalben“. Eine solche Eismasse hat eine Aufsetzlinie, ab der sie nicht mehr am Boden aufliegt, sondern schwimmt. Den auf dem Meerwasser schwimmenden Teil nennt man Eisschelf. Schrumpft die Eismasse im Zuge eines Klimawandels, zieht sich die Aufsetzlinie landwärts zurück. Der Knackpunkt: fällt der Boden unter der Aufsetzlinie landeinwärts ab, wird der Eisrückzug instabil. Nichts verhindert dann ein immer rascheres Abfließen des Eises ins Meer, denn je tiefer die Aufsetz-

linie ist, desto weniger wird das Eis durch Reibung am Untergrund gebremst.

Diese Bedingungen treffen auf den Westantarktischen Eisschild zu – und ein Verlust dieses Eisschildes



Unaufhaltsamen Zerfall des Westantarktischen Eisschildes durch die Klimaerwärmung (NASA)

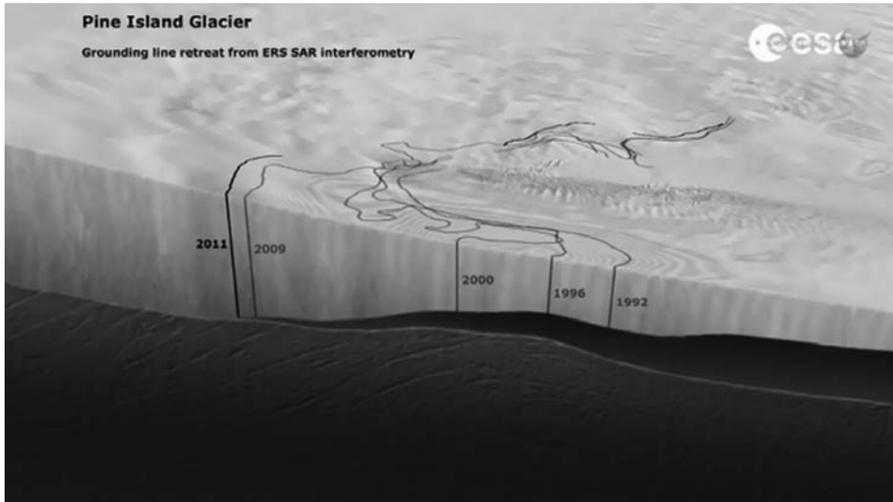
Eisberg vor der Antarktischen Halbinsel (Foto: Maria A. Martin, PIK)

würde alleine den globalen Meeresspiegel um mehr als drei Meter anheben. Bereits im Jahr 1978 warnte der US-Forscher John Mercer eindringlich in seinem Aufsatz „West Antarctic ice sheet and CO₂ greenhouse effect: a threat of disaster“ in der Fachzeitschrift Nature:

„Der Verlust des Westantarktischen Eisschildes wäre wahrscheinlich die erste desaströse Folge der weiteren Nutzung fossiler Brennstoffe.“

Mercers Warnungen wurden lange als schwer kalkulierbares Risiko einer globalen Erwärmung gehandelt. Zwar beobachtet man seit zwei Jahrzehnten einen sich beschleunigenden Eisverlust der Antarktis (ganz aktuell wieder von den AWI-Kollegen dokumentiert, Helm et al. 2014) – aber es war unklar, ob und wann der Kippunkt überschritten wird, ab dem die Schmelze zum unaufhaltsamen Selbstläufer wird.

Nun aber haben gleich mehrere Forschergruppen mit unterschiedlichen Methoden gezeigt, dass der von Mercer befürchtete instabile Eisrückzug eingesetzt hat. Messdaten belegen: Die Aufsetzlinie des Westantarktischen Eisschildes zieht sich um teils mehr als einen Kilometer pro Jahr zurück und hat in der Amundsen-See die Spitze einer Bodenerhebung überschritten – von nun an geht's bergab (Rignot et al. 2014, Favier et al. 2014). Der weitere Rückzug folgt purer Eigendynamik, bis das gesamte Amundsenbecken (etwa so groß wie Frankreich) von Eis entleert ist und der Meeresspiegel weltweit dadurch um einen Meter steigt. Höchstwahrscheinlich wird



Rückgang des Eises in den Jahren 1992-2011 am Beispiel des Pine Gletschers gemessen mittels Satelliten.

dies das Ende des gesamten Westantarktischen Eisschildes besiegeln. Das zeigen Simulationsrechnungen mit Eismodellen (Joughin et al. 2014). Nur über das Tempo gibt es noch erhebliche Unsicherheit. Auf jeden Fall wird dieser Prozess für mehrere Jahrhunderte einen unaufhaltsamen Anstieg des Meeresspiegels bedeuten. Dabei verschlimmert schon heute der Meeresspiegelanstieg die Folgen von Sturmfluten wie nach Sturm Sandy 2012 in New York oder Haiyan 2013 auf den Philippinen.

Mercer endete seinen Aufsatz mit dieser Warnung:

„Eines der Warnzeichen, dass ein gefährlicher Erwärmungstrend in der Antarktis im Gange ist, wird das Aufbrechen der Eisschelfe an beiden Küsten der Antarktischen Halbinsel sein, angefangen mit den nördlichsten und sich allmählich nach Süden ausbreitend.“

Genau dieser Zerfallsprozess wird seit Jahrzehnten durch Satelliten dokumentiert: Wordie Eisschelf (Kollaps 1992), Prinz Gustav Eisschelf (1995), Larsen A (2000), Larsen B (2002), Wilkins Eisschelf (im Gange).

Nach neuen Erkenntnissen ist die Gefahr noch größer, als Mercer sie vorhergesehen hat. Denn auch Teile des viel größeren, lange als stabil geltenden Ostantarktischen Eisschildes könnten ähnlich anfällig sein und den Meeresspiegel nochmal um weitere Meter nach oben treiben (Mengel&Levermann 2014) – siehe den Klimalounge-Beitrag dazu von Matthias Mengel.

Sind die Zeitungen voll von Berichten und Analysen? Brummen die Talkshows mit Debatten, wie man mit dieser Situation am besten umgeht und wie verhindert

werden kann, weitere Kipppunkte des Klimasystems zu überschreiten? Immerhin dürften die Konsequenzen für die Menschheit erheblich gravierender und anhaltender sein als das Meiste, was heute die Medien füllt.

Warum werden Warnungen der Wissenschaft vor derart schwerwiegenden Bedrohungen jahrzehntelang kaum ernst genommen, bis es zu spät ist? Ein nicht unwesentlicher Grund dafür sind sicher die Aktivitäten professioneller Abwiegler, die jede Warnung von Forschern durch über die Medien verbreitete Entwarnung zu neutralisieren versuchen und Wissenschaftler wie Mercer als „Alarmisten“ diffamieren. Diese Aktivitäten mit ihren Hintergründen zu beleuchten füllt mehrere lesenswerte Bücher (z.B. von Naomi Oreskes (jetzt auch auf Deutsch), James Hoggan, Michael Mann) und Berichte (u.a. Union of Concerned Scientists). Ich will hier nur ein deutsches Beispiel nennen.

Nico Stehr und Hans von Storch schrieben 2005 im Spiegel:

„Insofern werden wir erleben, wie die Propheten des Untergangs die Klimagefahren in noch grelleren Bildern zeichnen. Man kann die zukünftigen Schreckbilder schon ahnen: das Abbrechen des westantarktischen Schelfeises, was den Wasserstand noch viel stärker steigen lassen wird...“

Mit derartiger Rhetorik soll der Leser gegenüber Warnungen der Fachwissenschaftler (verunglimpft als „Propheten des Untergangs“) geradezu geimpft werden, er soll sie als unglaublich einordnen, damit bloß keine politischen Gegenmaßnahmen gegen die Gefahr eingeleitet werden. Sachliche Argumente, weshalb die Warnungen von John Mercer oder etwa Chris Rapley,

dem damaligen Leiter des British Antarctic Survey, denn unbegründet sein sollten, brachten die Autoren freilich nicht vor. Sie haben auch keine (etwa durch eigene Fachpublikationen ausgewiesene) Expertise in der Antarktisforschung. Während man mit solchen markigen Medienthesen ohne belastbare sachliche Belege in der Fachwelt rasch seine Glaubwürdigkeit verspielt, räumen manche Medien dem allzu gerne Platz ein – und fragen auch gar nicht erst nach konkreten Belegen.

Wie viele weitere Warnungen von Klimaforschern müssen eintreffen, bevor sie ernst genommen werden? Noch können wir eine weitere Beschleunigung des Zerfalls des Westantarktischen Eisschildes und das Überschreiten weiterer gefährlicher Kipppunkte vermeiden, indem wir die globale Erwärmung endlich stoppen.

Der NASA-Glaziologe Eric Rignot hat es so formuliert:

„Die Zeit zu handeln ist jetzt. Die Antarktis wartet nicht auf uns.“

Der Artikel zusammen mit einem Video der NASA findet man: <http://www.scilog.de/klimalounge/westantarktische-ueberschreitet-den-kipppunkt/> Literatur

- 1 J.H. Mercer, „West Antarctic ice sheet and CO₂ greenhouse effect: a threat of disaster“, Nature, vol. 271, pp. 321-325, 1978.
- 2 V. Helm, A. Humbert, and H. Miller, „Elevation and elevation change of Greenland and Antarctica derived from CryoSat-2“, The Cryosphere, vol. 8, pp. 1539-1559, 2014.
- 3 E. Rignot, J. Mouginot, M. Morlighem, H. Seroussi, and B. Scheuchl, „Widespread, rapid grounding line retreat of Pine Island, Thwaites, Smith, and Kohler glaciers, West Antarctica, from 1992 to 2011“, Geophysical Research Letters, vol. 41, pp. 3502-3509, 2014.
- 4 L. Favier, G. Durand, S.L. Cornford, G.H. Gudmundsson, O. Gagliardini, F. Gillet-Chaulet, T. Zwinger, A.J. Payne, and A.M. Le Brocq, „Retreat of Pine Island Glacier controlled by marine ice-sheet instability“, Nature Climate change, vol. 4, pp. 117-121, 2014.
- 5 I. Joughin, B. E. Smith, and B. Medley, „Marine Ice Sheet Collapse Potentially Under Way for the Thwaites Glacier Basin, West Antarctica“, Science, vol. 344, pp. 735-738, 2014.
- 6 M. Mengel, and A. Levermann, „Ice plug prevents irreversible discharge from East Antarctica“, Nature Climate change, vol. 4, pp. 451-455, 2014.

Bericht vom Weltklimatag Dezember 2014:

Reise ins Land der Inkas zu den Protesten gegen den 20. UN-Klimagipfel in Lima/Peru

Mitglieder der Bürgerbewegung, von MLPD, Umweltratschlag und Courage führen nach Lima und wurden Zeugen einer gesellschaftlichen Debatte über die Zukunft Perus und die Lebensverhältnisse des peruanischen Volkes. Unser Ziel: Teilnahme an Protesten gegen den UN-Gipfel und dabei das Buch: „Katastrophenalarm“ von Stefan Engel vorzustellen. Wir wollten einen Beitrag leisten zur Debatte wie der Kampf gegen die drohende globale Umweltkatastrophe geführt werden kann und Kontakte zu Aktivisten aus anderen Ländern knüpfen. Es war uns klar: Der UN-Klimagipfel in Lima wird scheitern und auf den nächsten Gipfel 2015 in Paris mit „Anpassungsstrategien an den Klimawandel“ verfrachten.

Am ersten Abend stoßen wir im Stadtzentrum auf diskutierende Gruppen. Ausgebreitete Transparente machen ihre Standpunkte deutlich und jeder hat drei Minuten Rederecht. Wie viel Bergbau braucht das Land? – darüber streiten ein Bauer und ein Bergarbeiter: „Wir brauchen Arbeitsplätze aber wir fragen, was bringt die Erweiterung des Bergbaus, wenn 80% der Gewinne von Konzernen ins Ausland geschleppt werden, 20% die Korruption schluckt und die Umwelt zerstört wird.“ Der Bauer fragt zurück: „Was hast Du von einem Arbeitsplatz, wenn das Essen ver-



giftet ist und das Wasser, das deine Familie trinkt, genauso?“ Soziale und Umweltfragen durchdringen sich und die Menschen suchen Auswege. Über 100 verkaufte Bücher und viele neue Kontakte belegen das, darunter Mitglieder von NO Redd, Antifrackingbewegung in Mexico und andere.

Auf Neugierde stieß das Projekt Umweltgewerkschaft Deutschland. In Peru gibt es ähnliche Bestrebungen erfahren wir. Die Perspektive der Kreislaufwirtschaft stand bei einem Besuch im selbstverwalteten Stadtteil Huaycan im Mittelpunkt: Wohin mit dem allgegenwärtigen Müll, insbesondere Plastikmüll – welche Lösungen gibt es?



Die Umweltzerstörungen entziehen einzelnen Bevölkerungsgruppen bereits die Lebensgrundlagen. Steigende Krebsraten in den Bergbauregionen. Ganze Städte müssen aus Tanklastzügen mit Trinkwasser versorgt werden. Im Amazonasgebiet sind die Folgen des Emissionshandels zu sehen. Internationale Konzerne kaufen Regenwaldgebiete, um sie profitabel abzuholzen (1 Mahagonibaum bringt bis 11.000 \$). Mit schnell wachsenden Nutzhölzern wird dann aufgeforstet und das als Beitrag zur Nachhaltigkeit mit CO₂ Emissionsrechten belohnt. Die Proteste der Betroffenen dagegen sind heftig, Todesopfer zu beklagen.

Organisationen der indigenen Bevölkerung beteiligten sich breit an der Demo am 10.12. in Lima. Dort marschierten auch 1000 Bergleute, mobilisiert durch Gewerkschaften und Kräfte von der 1.internationalen Bergarbeiterkonferenz 2011 in Arequipa. Der Kapitalismus ist die Ursache für die Menschheitsprobleme. Diese Ansicht ist so verbreitet wie die Losung „System Change not Climate Change“. Führende Kräfte der NGOs orientierten jedoch auf „Annehmbare Arbeit und Klimagerechtigkeit“ und auf Einsicht der Regierungen. So lange jedoch für die Konzerne Profitmöglichkeiten bestehen, wird es keine Klimagerechtigkeit geben. Von den vielen Aktiven wird die Frage aufgeworfen, wie mehr Durchschlagskraft gegen das internationale Kapital erreicht werden kann. Alle umweltbewegten und fortschrittlichen Kräfte, auch in Europa, müssen darin die Chance sehen für den weiteren Aufbau einer weltweiten Widerstandsfront und den Gengipfel in Paris rechtzeitig vorbereiten.

Unser Verein hat auf seiner Mitgliederversammlung beschlossen, eine Delegation nach Paris zu unterstützen.

Jetzt in der Umweltgewerkschaft organisieren!

Die Gründung der Umweltgewerkschaft am 29./30. November 2014 in Berlin war ein erster Schritt für einen breiten überparteilichen, kämpferischen Zusammenschluss zur Rettung der Umwelt. Die 758 Anträge und 23 Initiativanträge zu den Entwürfen der Dokumente, die Arbeit der bundesweiten Koordinierungsgruppe (KOG) und der Antragskommission, die intensiven Beratungen und insgesamt gute Vorbereitung der Delegationen drückten den festen Willen aus, die Umweltgewerkschaft gründen zu wollen.

Von 151 gemeldeten Delegierten waren 131 anwesend. Viele Einzelspender gaben 17.002,44 Euro für die Spendenkampagne. Hinzu kommen noch Tausende Euro, weil Delegationen auf eine Erstattung der Fahrtkosten verzichtet haben.

Die Gründungsresolution trägt die Überschrift: „Gemeinsam die Erde vor dem Kollaps retten!“

Einige Auszüge:

„Wir sind uns sicher: Die Menschheit will nicht untergehen! Weltweit wachsen das Umweltbewusstsein und die Aktivitäten der Menschen; eine länderübergreifende Zusammenarbeit beginnt sich zu entwickeln. Frauen und Jugendliche sind dabei häufig besonders engagiert. Aber trotz aller Bestrebungen und Kämpfe der weltweiten Umweltbewegung konnte die fortschreitende Zerstörung der natürlichen

Umwelt bisher nicht gestoppt werden! Die Einheit von Mensch und Natur ist akut gefährdet.(...) Die heute vorherrschenden Art und Weise zu produzieren, zu konsumieren und zu leben, bedarf radikaler Änderungen. Um die drohende globale Umweltkatastrophe international abzuwenden, braucht es eine überlegene Kraft gegen die Hauptverursacher*innen in Konzernen, Banken und Regierungen. Dazu wird die Umweltgewerkschaft einen Beitrag leisten. Die Umweltgewerkschaft ist nicht einfach eine weitere Umweltorganisation; wir sind etwas Neues(...).

Auf der Grundlage der Arbeit der bisherigen 43 Unterstützer*innengruppen und der jetzt vollzogenen Gründung der Umweltgewerkschaft, mit der beschlossenen Satzung und der Wahl von Bundesvorstand und Kassenprüfern*innen sind nun die Grundvoraussetzungen geschaffen für eine vom Bundesvorstand geführte bundesweit organisierte Tätigkeit, für die Aufnahme von Mitgliedern und zur Bildung von Orts- und Regionalgruppen.“

Der gewählte Bundesvorstand wurde beauftragt, ein Programm der Umweltgewerkschaft zu erarbeiten. Dafür wurde eine 5-köpfige Programmkommission eingesetzt.

Am Sonntag bei der Wahl der Kandidaten waren 4 Frauen und keine Jugendlichen bis zur Schließung der Kandidaten*innen-

Liste bereit, zu kandidieren. Dann begann eine intensive Diskussion: Sollen nur Profis in den Vorstand? Warum so wenig Frauen? Warum keine Jugendlichen? Zur Förderung von Frauenkandidaturen wurde vorgeschlagen, dass sich zwei Personen einen Vorstandssitz teilen können. Als Ergebnis der Wahlen gibt es im Vorstand nun eine Mischung aus Jung und Alt, Frauen und Männern, Industriearbeitern, Studenten, Hausfrauen und Wissenschaftlern. Der Bundesvorstand besteht aus 20 Personen, davon 11 Frauen. Es wurden 3 Kassenprüfer gewählt.

Die Gründungsversammlung beschloss, den Kampf gegen das Fracking zum aktuellen Schwerpunkt der praktischen Arbeit zu machen. Damit haben wir eine gute Möglichkeit die Umweltgewerkschaft nun auch ganz praktisch aufzubauen.

Die Mitgliederversammlung der Bürgerbewegung empfiehlt jedem Mitglied: tritt ein in die Umweltgewerkschaft und arbeitet mit am Aufbau einer Fachgruppe für „Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz“.

Stärkt den Aufbau der Umweltgewerkschaft! Werdet Mitglied!

Stoppt Fracking – mit der Kraft von Arbeiter- und Umweltbewegung!

Verbot von Fracking weltweit!

Der neue Vorstand stellt sich vor

Am 28. Februar 2015 wurde in Gelsenkirchen die Mitgliederversammlung der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz erfolgreich durchgeführt. Der Tätigkeitsbericht des Vorstands lag den Mitgliedern vier Wochen vor der MV vor: Er bot eine gute Grundlage für eine gründliche Diskussion über die Ziele unseres Vereins.

„Wir werden Umweltgewerkschaft“ beschlossen wir auf unserer letzten MV. Die Durchsetzung unserer Vereinsziele braucht angesichts der heutigen Dimension der Umweltzerstörung die Breite einer Umweltgewerkschaft. Die jetzt durchgeführte MV konkretisierte diesen Schritt. Unser Verein setzt sich weiterhin für eine Pilotanlage für das Kryo-Recycling und für unsere Idee einer totalen Kreislaufwirtschaft in der Umweltgewerkschaft ein. Dabei wollen wir auch verstärkt die Wegwerfproduktion von Kunst-

stoffen kritisieren und dass immer mehr Giftstoffe darin enthalten sind.

Folgende dafür notwendige Beschlüsse wurden gefasst:

- Der neu gewählte Vorstand wird die Mitgliedschaft unseres Vereins in der Umweltgewerkschaft beantragen.
- Der neue Vorstand hat die Aufgabe, in Absprache mit dem Bundesvorstand der Umweltgewerkschaft die Überleitung der Bürgerbewegung in eine Fachgruppe „Kreislaufwirtschaft“ der Umweltgewerkschaft zu organisieren. Dies muss verbunden werden mit der Gewinnung von neuen Mitgliedern.
- Der neue Bundesvorstand wird beauftragt, die Auflösung des Vereins auf der nächsten Mitgliederversammlung vorzubereiten,



Abbildung v. l. n. r. Felix Staratschek, Jochen Schaaf, Richard Bauer, Dieter Grünwald

wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Wir empfehlen allen unseren Mitgliedern auch die Einzelmitgliedschaft in der Umweltgewerkschaft. Wir denken, dass heute jede/jeder, der sich Sorge um die Umweltentwicklung macht in die Umweltgewerkschaft gehört!

Wir werden die Stromtrasse nie akzeptieren

Die als Südwestkuppelleitung oder „Thüringer Strombrücke“ bekannte Trasse von Sachsen-Anhalt nach Bayern soll die Stromversorgung in Nordbayern sichern, wo in wenigen Monaten das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz gehen soll. Minister Gabriel verspricht nach ihrer Fertigstellung eine deutliche Entlastung des Stromnetzes. So die Thüringer Allgemeine vom 22.1.2015. Mit dem Argument „Versorgungssicherheit“ wird gegen die vielen Bürgerinitiativen, die gegen die Stromtrasse sind, argumentiert.

Den Gegnern des geplanten AKWs in Whyll (1975) hielt der damalige CDU- Ministerpräsident von Baden-Württemberg Hans Karl Filbinger entgegen, dass, wenn das AKW nicht gebaut würde „noch vor 1980 die Lichter“ ausgehen werden. Bekanntermaßen ist das nicht passiert. Auch als nach der AKW-Katastrophe von Fukushima sämtliche deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet wurden, gingen die Lichter nicht aus. Politiker und Betreiber schüren immer solche Ängste.

Inzwischen wurde bekannt, dass mit der Stromtrasse Strom aus den sächsischen Braunkohlewerken nach Bayern transportiert werden soll. Wir brauchen und wollen jedoch keine Braunkohleverstromung. Sie ist die dreckigste Art Strom zu erzeugen und gehört deswegen verboten.

Die Windkraftanlagen im Norden können auch über die bestehenden Leitungen ihren Strom abgeben. Dafür sind keine neuen Stromtrassen notwendig.

Das Konzept neuer Stromtrassen steht klar im Widerspruch zu den ursprünglichen Zielen der Energiewende: Reduzierung von Kohlestrom und schnellstmöglicher Ausbau der erneuerbaren Energien. Der „geplante Netz-



ausbau sei völlig überdimensioniert“, so Prof. Lorenz Jarass von der Fachhochschule Wiesbaden. „Wer den Bau dieser neuen Leitung fordert, der gefährdet die Energiewende.“ (ebenfalls Prof. Lorenz Jarass) ¹

Bürgerinitiativen und Gegner der Pläne bezweifeln zu Recht die Notwendigkeit der Leitung. Sie weisen auf die Zerstörung größerer Waldflächen hin. Auch die möglichen gesundheitlichen Folgen der Stromtrasse beschäftigen die Betroffenen. Dazu kommen die negativen Auswirkungen für die Landschaft und den Tourismus. Wegen des „überdimensionierten Netzausbaus für Stromhandel und Stromexport“ ², darf der Mensch und der Thüringer Wald nicht geschädigt werden.

Neun Jahre lang haben wir Widerstand geleistet. Bürgerinitiativen wurden gegründet, jährliche Ostermärsche und Protestkundgebungen organisiert. Ein alternativer Energiegipfel wurde durchgeführt, viel Aufklärungsarbeit geleistet, auch Gutachten und Gerichts-

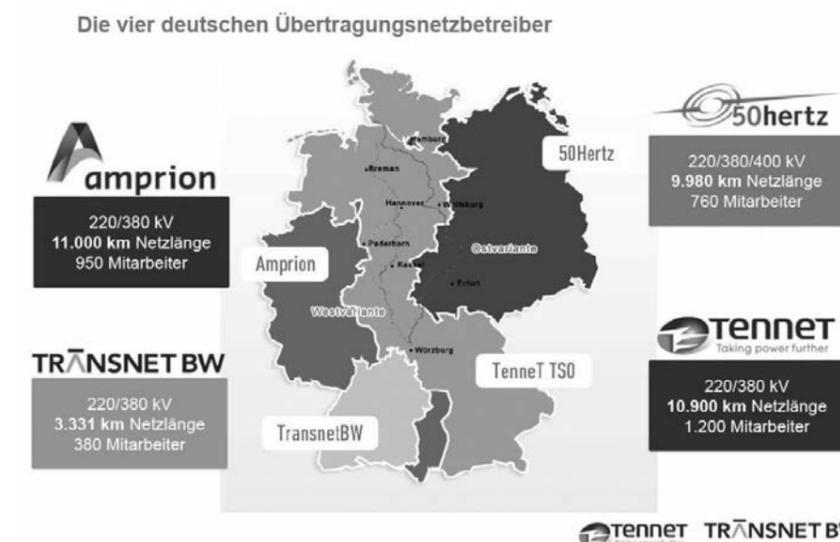
verfahren. Selbst Thüringer Landräte haben voriges Jahr ein Moratorium gefordert.

Linkspartei und Grüne, die vor der Landtagswahl noch gegen diese Stromtrasse waren, haben jetzt in der Landesregierung ihren Widerstand aufgegeben. Nach der Wahl ist eben nicht vor der Wahl.

Die Hoffnung auf die Einsicht wegen besserer Argumente durch den Netzbetreiber (50 Hertz), Energiemultis, Landesregierung und Bundesverwaltungsgericht hat den Bau nicht verhindern können. Die Trassengegner wollen den Thüringer Wald schützen und hatten die besseren Argumente. Doch die Energiekonzerne haben die Macht, um ihre Profitinteressen durchzusetzen.

„Wir haben die 380-KV-Trasse nicht verhindern können, aber den Kampf zur Rettung unserer Mutter Erde, für die Einheit von Mensch und Natur, haben wir längst nicht verloren.“ So das Fazit einer der vielen Bürgerinitiativen. Und sie fahren fort: „Mit ihrer rücksichtslosen Politik, den mutwilligen zerstörerischen Eingriffen in unseren Thüringer Wald, mit der bewussten Inkaufnahme steigender Krebserkrankungen durch die elektromagnetischen Felder haben sie uns gelehrt, dass wir andere Saiten aufziehen müssen.“ Der Aufbau einer Ortsgruppe der Umweltgewerkschaft ist eine erste wichtige Schlussfolgerung für uns.

Regionalgruppe Schalkau / Truckenthal



¹ Zitiert nach Volkhard Paczulla / 11.04.14 / OTZ Ostthüringer Zeitung

² Prof. Dr. Josef Lutz: Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100% aus regenerativen Quellen erfolgen?, 2.Auflage 2013, Broschüre der Bürgerbewegung

Publikationen der Bürgerbewegung

Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100% aus regenerativen Quellen erfolgen?

2., erweiterte Auflage

Josef Lutz, Physiker und Professor für Leistungselektronik an der TU Chemnitz zieht den Schluss, dass alle in Deutschland noch im Betrieb befindlichen AKWs sofort vom Netz genommen werden könnten, ohne dass die Versorgung mit Strom zusammenbrechen würde. Eine Stromversorgung nur auf der Grundlage von erneuerbaren Energien kann in ca 10 Jahren aufgebaut werden. Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden. Die Broschüre behandelt die in der Fachwelt bekannten Zusammenhänge (mit Quellenangaben) und lehnt die geplanten „Stromautobahnen“ als Milliardenverschwendung ab.

62 S., Einzelpreis: 3,80 Euro, 5 Stück für 15,00 Euro.

Die Erde ist (k)eine Kaffeetasse – Auseinandersetzung mit den Klimakrisen-Skeptikern

Dipl. Ing. Peter Vescovi untersucht, wie bezahlte PR-Manager über die Medien systematisch ihre Lügen verbreiten, eine globale Erderwärmung finde nicht statt. Sie wollen im Auftrag der Industrie einen Skeptizismus gegen die notwendige rasche Energiewende in die Welt setzen. Die erweiterte Neuauflage der Broschüre



behandelt aktuell auch den Zusammenhang des Taifuns Hayan mit der globalen Klima- veränderung und die gesellschaftliche Dimension.

72 S., Einzelpreis 3,- Euro; 5 Stück für 12,00 Euro

Kryo-Recycling von Kunststoffen, ein bedeutendes Verfahren der Kreislaufwirtschaft

Bei der Verbrennung von Kunststoffabfällen entstehen hochgiftige Gase und Stickoxide. In den Ozeanen sammeln sich immer größere Mengen Plastik, die das Ökosystem Meer akut bedrohen. Dabei ist die Möglichkeit, Kunststoffe hochwertig zu recyceln vorhanden und wissenschaftlich erwiesen: das Kryo- (Tiefkälte) Recycling von Prof. Rosin wird allerdings seit Jahren von der Müllverbrennungslobby hintertrieben und vom BMU ignoriert. Profitsteigerung durch Ressourcenverschwendung und Wegwerfproduktion stehen der Notwendigkeit entgegen, mit den vorhandenen Rohstoffen verantwortungsvoll umzugehen, Umwelt und Gesundheit zu schützen. Die Broschüre richtet den Blick auf eine notwendige tiefgehende gesellschaftliche Auseinandersetzung.



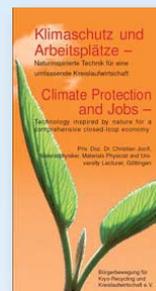
Einzelpreis: 2,50 Euro, 5 Stück für 10,00 Euro.

Müllverbrennung – die chronische Volksvergiftung

Prof. Rosin, Prof. Jooß, 2008, Preis: 5,00 Euro



Das Fachbuch (deutsch und englisch) widerlegt umfassend die Legende von der „sauberen deutschen Müllverbrennung“ und zeigt Alternativen zur Müllverbrennung auf. Dabei wird auch die Methode des Kryo-Recycling von Prof. Rosin sehr gut erläutert.



Klimaschutz und Arbeitsplätze

Prof. Jooß, 2. Auflage 2008, Preis: 3,00 Euro

In dieser Broschüre werden Wege aufgezeigt, wie Bionik und naturinspirierte Technik eine Kreislaufwirtschaft ermöglicht. Die Verbrennung fossiler Energieträger für die Energiegewinnung und der verheerende Raubbau an Rohstoffen treiben die globale Umwelterstörung auf die Spitze und beschleunigen die Entwicklung zu einer Weltklimakatastrophe. Umfassender Klimaschutz schafft neue Arbeitsplätze.

DVD: „Stuttgart 21 ist überall“

DVD gegen Spende von 5,00 Euro. Zu bestellen bei Peter Vescovi, dem Drehbuchautor (E-Mail an vescovi@arcor.de).



Packender Doku-Film der Regionalgruppe Böblingen-Stuttgart über die Hintergründe und den Widerstand gegen das Milliardenprojekt S 21 und andere EU-Großprojekte im Verkehrswesen. Bereits über 2 Jahrzehnte wird gegen eine Hochgeschwindigkeitsstrecke im italienischen Val di Susa hart gekämpft.

Ich möchte Mitglied werden in der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz

Name und Vorname:

.....

Straße und Hausnr.:

.....

Postleitzahl und Ort:

.....

E-Mail:

.....

Telefon:

.....

Firma, Verein, Organisation:

.....

Bankverbindung:

.....

Bitte den Jahresbeitrag auswählen:

- Jahresbeitrag 30 Euro
natürliche Personen
- Jahresbeitrag 100 Euro
Firmen, Organisationen, Vereine
- Jahresbeitrag 24 Euro
bei geringem Einkommen
- Ich möchte einen höheren Beitrag leisten:

Bitte einsenden an:
Bürgerbewegung für Kryo-Recycling,
Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz
Schmalhorststraße 1c
45899 Gelsenkirchen



Foto: Vertigogen, flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0)